

Wöchentlich 68 Bl. monatlich 2.00 M. (Inland) 2.50 M. (Ausland) für Post- und Transportkosten. Einzelhefte 10 Pf. (Inland) 15 Pf. (Ausland). Abonnementpreis 12.00 M. (Inland) 15.00 M. (Ausland) pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Auslandposttarif 8.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem „Welt und Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Die einspaltige Anzeigenliste 30 Pf. Kleinanzeigen 2.— M. „Kleine Anzeigen“ das letztgedruckte Blatt 25 Pf. (zuletzt zwei letztgedruckte Blätter), je vier weitere Blätter 12 Pf. (Recht d. Text- und Bildanzeigen des ersten Blattes 10 Pf., je vier weitere Blätter 10 Pf.). Wochensätze 15 Wochen zahlen für zwei Wochen. Anzeigenmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro (Rathaus) 8. u. 10. täglich von 8 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Abrechnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontos: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. D. S. u. D. B. G. B., Depofiten., Jerusalemstr. 65/66.

## Laval in Nöten.

### Selbstverschuldete Schlappe. — Parlamentstumult um die Wahlreform.

Paris, 17. Dezember. (Eigenbericht.)

In der Kammer kam es heute abend, wie zu erwarten war, zu einer neuen, durch grenzenlos Tumulte ausgezeichneten Debatte über die Wahlreform, bei der sich das Kabinett Laval, das sich bereits einige Stunden vorher im Senat in einer bedrängten Position befunden hatte, eine blamable Niederlage zugezogen hat, für die es allein die Schuld trägt. Der Vizepräsident der Kammer hatte heute nachmittags bei der Festsetzung des Arbeitsprogrammes für die nächsten Tage sämtliche Anträge des Vorsitzenden der Wahlrechtskommission, Mandel, eine besondere Sitzung für die Wahlreformdebatte am Sonnabend, dann am Montag und schließlich am Mittwoch vorzuschlagen, abgelehnt. Mandel hatte darauf erklärt, daß er vor dem Plenum trotzdem verlangen werde, am Mittwoch eine Sitzung für diese Debatte abzuhalten.

Als am Schluß der Nachmittags-Sitzung der Kammer das Arbeitsprogramm des Vizepräsidenten dem Hause zur Genehmigung unterbreitet wurde, verlangte für den Abg. Mandel Ministerpräsident Laval, wahrscheinlich von seiner „getreuen Wehrheit“ dazu gezwungen, die Anderräumung einer Sitzung am nächsten Mittwoch für die Wahlreformdebatte. Dieser Antrag der Regierung rief auf der linken Seite des Hauses um so größeres Erstaunen hervor, als sich der Ministerpräsident bisher völlig neutral in dieser Angelegenheit verhalten hatte, ja sogar, wie erzählt wird, gestern auf Mandel einen Druck auszuüben versucht hatte, in die Verlegung der Wahlreformdebatte einzuwilligen, da angesichts der Obstruktion der Linksparteien die ganze gesetzgeberische Arbeit der Kammer lahmgelegt werden würde.

Herriot bekämpfte im Namen der Radikalen den Antrag der Regierung und geriet dabei in eine erregte Auseinandersetzung mit Mandel, der ihn unter anderem zurief, sein Verhalten in dieser Frage sei seiner unwürdig, zumal zahlreiche Radikale in der Kommission selbst für die Abschaffung des zweiten Wahltages eingetreten seien. Herriot schloß seine von häufigem Tumult der Rechten und Beifall der Linken unterbrochenen Ausführungen mit der Erklärung, daß, wenn die Kammer die Wahlreform verabschieden sollte,

die Linksparteien schon vor dem ersten Wahlgang dieselben Wahlbündnisse abschließen würden.

Die die Rechtsparteien planen. Dasselbe brachte noch deutlicher der frühere Vorsitzende der Radikalen, Daladier, zum Ausdruck, der mutig erklärte, daß er seit seiner ersten Wahl in die Kammer immer nur ein Ideal verfolgt habe, nämlich die Einigung der Linksparteien. Schließlich griff noch Léon Blum in die Debatte ein und verteidigte, während der Tumult in der Kammer immer größer wurde, die Obstruktionspolitik der Sozialisten gegen diese angebliche Wahlreform, die darauf hinauslaufe, der Minderheit der Wähler die Macht im Parlament zu sichern.

Nach einer erregten Geschäftsordnungsdebatte wurde schließlich über den Antrag der Regierung, eine Debatte über die Wahlreform am Mittwoch anzuberaumen, abgestimmt. Auf einen von fünfzig Mitgliedern der Linksparteien unterzeichneten Antrag erfolgte namentliche Abstimmung auf der Tribüne, für die nach der Geschäftsordnung eine Stunde Zeit gelassen werden muß.

Um 10 Uhr wurde das Ergebnis der Abstimmung verkündet: Mit 234 gegen 228 Stimmen lehnte die Kammer die Mittwoch-Sitzung ab. Die Linke begrüßte das Ergebnis mit ungeheurem Beifall und mit dem an die Regierung gerichteten Ruf „Demission!“

Abg. Mandel gab sich mit diesem Resultat noch nicht zufrieden und verlangte jetzt eine Unterbrechung der Sitzung, um darauf sofort eine neue Sitzung zur Besprechung der Wahlreform abzuhalten. Dieser Antrag löste natürlich wieder einen ungeheuren Lärm aus. Die Linke protestierte gegen diesen der Tagesordnung widersprechenden Antrag, so daß der Kammerpräsident ihn ablehnen mußte. Das Haus einigte sich schließlich nach einer erregten Debatte darüber, daß Mandel morgen den Wahlschluß ansetzen und ihre Ansicht über die Folgen, die aus der Ablehnung der Mittwoch-Sitzung zu ziehen sind, besprechen und den Beschluß der Kommission am Ende der morgigen Nachmittags-Sitzung der Kammer bekanntgeben soll. Trotz dieser zu erwartenden neuen Debatte kann man aber schon jetzt sagen, daß der Wahlreformvorschlag endgültig begraben ist.

## Das Schuldenneze reißt.

### Zur Krise der Reparationen.

Im amerikanischen Abgeordnetenhaus hat Präsident Hoover den Gesetzentwurf über sein Ein-Jahr-Moratorium für die Kriegsschulden einbringen lassen. Gleichzeitig soll der Senat einen Schuldenausschuß einsetzen, der die Zahlungsfähigkeit der europäischen Schuldnerstaaten prüfen und zu neuen Vereinbarungen über die Kriegsschulden die Befugnis haben soll. Im Einverständnis mit dem Präsidenten hat man diese Form gewählt. Man will einen offenen Kampf der beiden Parteien um die Schuldenverträge während einer tiefen, die Leidenschaften und Interessen allzu stark aufrüttelnden wirtschaftlichen Krise vermeiden. Der Senat soll auf seine Verfassungsbeugnis, mit Zwei-Drittel-Mehrheit Verträge abzuschließen, verzichten zugunsten eines Ausschusses, dem beide Parteien angehören und der deshalb weniger aus Rücksicht auf die aufgeregten und aufgebrachteten Kapitalistenmassen als aus den sachlichen Notwendigkeiten über die Schuldenverträge mit Europa beschließen kann. Die Entscheidung über den Ausschuß soll schon Ende der Woche fallen. Zugleich wird entschieden, ob die Macht des Ausschusses nur dahin gehen soll, die Zahlungsfähigkeit der Schuldner zu prüfen und eine zeitweilige Einstellung (Suspension) der Kriegszahlungen zu vereinbaren, oder ob sie soweit gehen soll, daß er da u e r n d e Neuregelungen, d. h. die Streichung der Kriegsschulden und die Aufhebung der Schuldenverträge beschließen kann. Die das Kreditverhältnis in den Stunden der Abstimmung sein wird, steht noch dahin. Auf der einen Seite muß man an die Banken und das Finanzkapital denken, die eine Schuldenerleichterung wollen, um von Deutschland und Europa die Kredite zurückzuerhalten; auf der anderen Seite an die Steuerzahler, die nicht nur riesige Vermögensverluste erlitten und ein Zehn-Milliarden-Defizit decken, sondern nun auch noch 1,5 Milliarden europäische Staatszahlungen selber aufbringen sollen. Jeder einzelne der 96 Millionen-Senatoren wird abwägen, ob er auf die Dauer durch eine Steuererhöhung wegen der ausfallenden Kriegszahlungen mehr verliert, als er oder die hinter ihm stehende Schicht gewinnen kann durch die Rettung der in Deutschland festgefrorenen Kredite oder eine Kurssteigerung der deutschen Anleihen in Amerika infolge einer Schuldenerleichterung. So steht noch dahin, wie groß die Befugnisse des Schuldenausschusses sein werden.

Hingegen kann man die Einsetzung des Ausschusses mit Sicherheit erwarten. Was vor einigen Monaten noch politisch und psychologisch unmöglich schien, wird durch die Wucht der wirtschaftlichen Tatsachen jetzt verwirklicht. Es wiederholt sich der Vorgang, der zum einjährigen Hoover-Moratorium führte: damals der Finanzkrach in Deutschland, den man mit der einjährigen Zahlungspause aufzuhalten hoffte. Jetzt der Sturz des englischen Pfundes. Er hat mit einem Schläge die jährliche Leistung Englands an Amerika fast um 40 Proz. gesteigert, da der Schuldenvertrag von 1923 auf der Zahlung von Golddollars beruht. Da aber England von Frankreich und Italien nur entwertete Pfunde, von Deutschland jetzt gar nichts erhält, würde England dem Staatsbankrott zufließen, wenn es an Amerika wie bisher in Goldwerten zahlen sollte. Die Zahlungsunfähigkeit Englands hat es Hoover ermöglicht, die Revision der Schuldenverträge über das Moratorium hinaus in die Wege zu leiten.

In Frankreich hat die Nachricht von dem Gesetzentwurf über den Schuldenausschuß kein günstiges Echo gefunden. Natürlich wird der „Berechtigtheitsinn“ dieser Nation, die sich auf höherer Macht glaubt als je seit Napoleons I. Zeiten, tief von der Vorstellung verletzt, daß andere deshalb von ihren Schulden freikommt, weil sie vor dem Bankrott sind, während Frankreich jetzt für sein „solides Wirtschaften“ schlecht belohnt wird, weil es dank seiner Leistungsfähigkeit weiter zahlen kann. Sollte sich die Propaganda der französischen Rechtsregierung auch weiterhin in dieser Richtung bewegen, so wird sie doch nicht viel Erfolg erwarren können. Dazu ist die Erinnerung daran noch zu lebhaft, wie Frankreich das Hoover-Moratorium sabotierte und damit den beabsichtigten psychologischen Erfolg der Einstellung der Zahlungen zerstörte. In England wird man darauf verweisen, daß man schon viele Jahre früher als Frankreich an Amerika zu zahlen anfang, und in Amerika wächst täglich die Reizung, Frankreich erst dann die Zahlungspflichten zu erleichtern, wenn es seinerseits garantiert, den erparierten Betrag nicht für Rüstungen zu verwenden. Amerika wird in der Tat für ganz Europa und für die deutsch-französische Verständigung ein gutes Werk tun, wenn es seine finanziellen Druckmöglichkeiten nicht

## Für Hoover-Moratorium — aber gegen Schuldenerleichterung.

Washington, 17. Dezember.

Der Finanzausschuß und der Ausschuß des Repräsentantenhauses nahm das Hoover-Moratorium an.

Sodann nahm der Ausschuß folgende Entschliebung an: „Hiermit wird ausdrücklich erklärt, daß es der Politik des Kongresses zuwiderläuft, daß irgend welche Schuldverpflichtungen auswärtiger Länder an die Vereinigten Staaten irgendwie gestrichen oder herabgesetzt werden. In dieser Entschliebung darf nichts als Anzeichen einer gegenseitigen Politik gedeutet oder als Ausdruck dafür aufgefaßt werden, daß man zu irgendeiner Zeit einen Wechsel dieser Politik in wohlwollender Erwägung ziehen würde.“

### England und die Privatschulden.

Paris, 17. Dezember. (Eigenbericht.)

Der englische Botschafter Lord Tyrrell hat dem französischen Außenminister am Donnerstag eine Abschrift der am Mittwoch dem französischen Botschafter in London überreichten englischen Note zur Reparationsfrage übermitteln lassen. Das Dokument umfaßt 20 Schreibernummern und ist in sehr freundlichem Ton gehalten. Die englische Regierung spricht in ihm die Hoffnung aus, daß sie mit der französischen Regierung zu einer Einigung über die kurzfristigen Kredite und die Reparationen gelangen werde. Während aber die französische Regierung in ihrer Note die Aussicht ausgesprochen hatte, daß das Problem der Kredite vollkommen unabhängig von dem der Reparationen zu regeln sei, soll die englische Regierung nach einer Gegenüberstellung ihrer Forderung auf Verknüpfung der beiden Fragen aufrechterhalten und ein Vorrecht für die Rückzahlung der kurzfristigen Kredite fordern.

### Sonderausschuß beurteilt Reichsbahn günstig.

Bonn, 17. Dezember. (Eigenbericht.)

Das Interkomitee für die Deutsche Reichsbahn des Sonderausschusses der BZL kam am Donnerstag zu der Schlussfolgerung, daß die Reichsbahn weniger als die Eisenbahnen anderer Länder durch die Rückwirkungen der Weltwirtschaftskrise

in Mitleidenschaft gezogen sei, ihre Lage gesund sei und der Betrieb nach Beendigung der Krise rasch wieder gewinnbringend gestaltet werden könne.

## Kreismitglieder- versammlungen

Heute, Freitag, den 18. Dezember, 19¼ Uhr:

- 3. Kreis Wedding. Barnumsäle, Müllerstr. 142. — Referent: Dr. Julius Moses, W. d. R.
- 8. Kreis Spandau. Seig' Festhale, Schützenstr. 2-4. — Referent: August Reikner, W. d. R.
- 9. Kreis Wilmersdorf. Viktoriagarten, Wilhelmstraße 114/115. — Referent: Friedrich Stämper, W. d. R.
- 12. Kreis Steglitz. Pläherfelder Festhale, Zehlendorfer Str. 5. — Referent: Franz Rünster, W. d. R.
- 13. Kreis Tempelhof. Birkenwäldchen, Tempelhofer Park, Rantauferstraße. — Referent: Mathilde Wurm, W. d. R.
- 14. Kreis Reinick. Bergschloßhöhe, Karlsgartenstr. 6-11. — Ref.: Kurt Helmig, W. d. R. Achtung, Kreisfunkkonferenz.
- 16. Kreis Köpenick. Stadttheater, Köpenick, Friedrichstr. 6. — Referent: Dr. Kurt Löwenstein, W. d. R.

Thema in allen Versammlungen:

## „Die politische Lage und die neue Notverordnung“

Das Parteimitgliedsbuch ist zur Kontrolle voranzugehen!



ehrer aus der Hand gibt, als bis eine wesentliche Kürzung der militärischen Ausgaben Frankreichs erzielt ist. Die die regierenden Kreise in Frankreich noch immer die Neigung zeigen, ein überflüssiges 26 000-Tonnen-Panzerkreuzer auf Stapel zu legen, so wird sich Amerika, wenn es das auf der Abrüstungskonferenz verhindert, den Dank mehrerer europäischer Regierungen erwerben, die in ihren Finanznöten nicht in der Lage sind, gleiches mit gleichem zu vergelten. Desgleichen wird Amerika, wenn es den Finanzdruck auf Frankreich aufrecht erhält, den Dank aller derjenigen ernten, die um den Erfolg der Abrüstungskonferenz kämpfen und von ihrem Scheitern die Neuaufrüstung Europas und die andächtige Zerstörung der französisch-deutschen Verständigung befürchten. Ohne zu übertreiben, wird man sagen können, daß Amerikas finanzielle Druckmöglichkeiten auf die Rechtsmehrheit der französischen Kammer solange die einzige Hoffnung auf einen erträglichen Konferenzausgang sind, als nicht die Wahlen im nächsten Mai der Linken und den Sozialisten die ausschlaggebende Macht gebracht haben.

Die Zahlungsfähigkeit Deutschlands wird zur Zeit in Basel vom VZ-Ausschuß geprüft. Kein Zweifel, daß er die Leistungsfähigkeit für die über die „Reparation“ hinausgehenden geschätzten Zahlungen feststellen wird. Was der Ausschuß über die sogenannte ungeschätzte Jahresleistung von 500 Millionen Mark jährlich, auf die Frankreich als sein heiliges Recht leidenschaftlichen Anspruch erhebt, vorschlagen wird, steht noch ebenso dahin wie das, was der Ausschuß über die Streichung der Kriegsschulden Deutschlands überhaupt wird empfehlen können. Wenn der Ausschuß sich auf mehr als auf die bloße Feststellung der gegenwärtigen Zahlungsunfähigkeit Deutschlands einigen könnte, so wäre das ein großer Gewinn für den dauernden Frieden. Dann könnten die Mächte endlich zu der Basis des wirklichen Friedens zurückkehren: der Zusage Deutschlands nämlich, Ersatz für den im zerstörten Gebiete Frankreichs und Belgiens entstandenen Schaden zu leisten, und der Verpflichtung der anderen Mächte, nicht mehr als Schadenersatz hierfür zu verlangen.

Von dieser Grundlage ausgehend, müßte man allgemein anerkennen, daß Deutschland in den letzten vierzehn Jahren nicht nur die ökonomisch festgestellten 2 1/4 Milliarden Goldmark, sondern darüber hinaus sicher noch ein volles Viertel mehr geleistet hat. Frankreich erhielt mehr als die Hälfte davon. Jeder Vergleich mit dem Goldwert der französischen Wiederaufbauschuld (85 Milliarden Franken = 14 Milliarden Goldmark) ergibt, daß die Wiederaufbauzusage bestimmt zum weitaus größten Teil erfüllt, wenn nicht bereits eingelöst ist. Nur wenn die Welt wieder zu diesen, von den Sozialisten immer aufrechterhaltenden Grundsätzen des Waffenstillstandes zurückkehrt und sie sich der deutschen Leistungen hierfür bewußt wird, ist über die bloße Anpassung an die Höhe des Tages hinaus die Begründung des Friedens durch die Streichung der Kriegsschulden möglich.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer Entschliessung vom 14. Dezember verlangt, daß in ihrer Entschliessung vom 14. Dezember verlangt, daß Deutschland im Sinne der Beschlüsse der Sozialistischen Arbeiterinternationale von unerträglichen Lasten befreit werden. Dazu konnte man in Rechtsblättern die alberne Bemerkung lesen, damit habe sich die Sozialdemokratie zum erstenmal gegen Reparationen ausgesprochen. Haben die Herrschaften vergessen, daß die Sozialdemokratie schon während des Krieges einen „Frieden ohne Kriegsgeschädigungen“ verlangte? Aber dazu muß nächstes Jahr mehr gesagt werden.

### Zwölf Helden.

#### Italienische Professoren verweigern den Faschisteneid.

Die Professoren der Universitäten und Hochschulen Italiens sind aufgefordert worden, den neuen Treueid dem Faschismus zu leisten. Von den 1225 angebotenen Professoren haben bereits 1182 geschworen; 81 sind infolge verschiedener Austräge oder Krankheit abwesend und werden, sobald sie zurück sind, diesem Gebot nachkommen. Nur 12 Professoren erklären, den Eid nicht zu leisten; davon einer von der Universität Bologna, einer von Pavia, vier von der Universität Rom, drei von Turin, einer von Mailand, einer von der Universität Perugia und einer vom Lehrerbildungsinstitut Rom.

### Botschafter Radolny Delegationsführer auf der Abrüstungskonferenz

Der deutsche Botschafter in Angola, Radolny, ist als Führer der deutschen Delegation auf der Abrüstungskonferenz in Aussicht genommen. Sein Vertreter wird der jetzige Gesandte in Oslo, von Weizsäcker sein, der früher Referent für Völkerbundfragen im Auswärtigen Amt war. Diese bevorstehenden Ernennungen ändern nichts an der Tatsache, daß in Anbetracht der Wichtigkeit der Verhandlungen Reichstagsminister Brüning selbst an der Eröffnung der Abrüstungskonferenz teilnehmen wird.

### Zwölf Helden.

#### Italienische Professoren verweigern den Faschisteneid.

Rom, 17. Dezember.

Die Professoren der Universitäten und Hochschulen Italiens sind aufgefordert worden, den neuen Treueid dem Faschismus zu leisten. Von den 1225 angebotenen Professoren haben bereits 1182 geschworen; 81 sind infolge verschiedener Austräge oder Krankheit abwesend und werden, sobald sie zurück sind, diesem Gebot nachkommen. Nur 12 Professoren erklären, den Eid nicht zu leisten; davon einer von der Universität Bologna, einer von Pavia, vier von der Universität Rom, drei von Turin, einer von Mailand, einer von der Universität Perugia und einer vom Lehrerbildungsinstitut Rom.

# Hindenburg soll abdanken!

## Der Vorstoß der Landwirtschaftskammer. — Ableugnen hilft nicht!

Das Organ der ostpreussischen Nationalsozialisten, die „Preussische Zeitung“, nimmt in einem Leitartikel unter der Überschrift „Ein Mann ein Wort, Herr Brandes“ zu der Entschliessung der Landwirtschaftskammer Stellung. Es sei in der Entschliessung klipp und klar gesagt, daß die Landwirtschaftskammer den Rücktritt des Reichspräsidenten fordere. Die ostpreussische Landwirtschaft habe das deshalb getan, damit Hindenburg wieder der Feldmarschall werde, der einst Ostpreußen befreite und dem Ostpreußen dankbar sein könne, und nicht mehr der Unterzeichner der Rotverordnung des Kabinetts Brandes, dem Ostpreußen nicht dankbar sei.

Das Blatt bedauert außerordentlich, daß Brandes dem Beschluß der Landwirtschaftskammer nachträglich zuwidergehandelt habe. Es sei der Auffassung, daß der Kammerpräsident zurücktreten müsse, wenn er nicht rechtzeitig seinen Standpunkt der Kammer unterbreite, sondern nachträglich zu einer anderen Auffassung komme, die dem klaren Beschluß der Kammer zuwiderlaufe. Man könne Brandes' Haltung kein Verständnis entgegenbringen.

Der Präsident der Landwirtschaftskammer, Brandes, hat nachträglich dem Beschluß der Kammer eine andere Auslegung geben wollen und in diesem Sinne auch dem Reichspräsidenten geschrieben. Nachdem der Wortlaut der gefassten Entschliessung aber vorliegt — wir haben ihn bereits veröffentlicht —, heißen Auslegungen nicht. Es bleibt dabei, daß die Landwirtschaftskammer dem Reichspräsidenten, den man sonst als Leiter Ostpreußens nicht genug feiern kann, ein glattes Mißtrauensvotum ausgesprochen hat.

Ungeachtet solcher politischer Entschliessung einer Landwirtschaftskammer entsteht die Frage, ob sich die Regierung eine solche Bruchstörung durch ein halbamtliches Institut gefallen lassen darf. Die Landwirtschaftskammer nimmt dauernd erhebliche Zuschüsse aus Staatsmitteln in Anspruch. Politische Betätigung widerspricht ihren Aufgaben. Sollen die „Beschlüsse“ gegen Hindenburg und Brüning nun einfach hingenommen werden, als ob nichts geschehen sei? Oder wird wenigstens die preussische Regierung noch dem Rechten sehen, wenn die Reichsregierung laub und stumm bleibt?

### Das im Kurs gesunken.

Aber seine Preise erzählt, daß die Welt um ihn Kopf steht.

Der nationalsozialistische „Angriff“, der sich neuerdings eine Spezialität aus sensationellen Ueberschriften macht, hinter den absolet nichts steht, laßt gestern die Straßentäuser mit der großspurigen Ankündigung an: „Gewaltiges Weltscha der Antwort Adolf Hitlers an Brüning“.

Man sucht und findet zunächst gar nichts. Die erste Seite enthält fast ausschließlich einen Auszug aus dem „Offenen Brief“ Hitlers. Auf der zweiten Seite freilich verkündet eine Ueberschrift:

### Radikales aus Hamburg.

#### Eine Halenstern-Mehrheit gegen die Rotverordnung.

Die „Hamburger Nachrichten“ sind in strahlender Laune; die gute Sache hat gesiegt. Mit 77 gegen 68 Stimmen hat die Hamburger Bürgerschaft am Mittwoch einen kommunistischen Antrag angenommen, der die Aufhebung der Rotverordnung des Reichspräsidenten verlangt. Dafür stimmten außer den Antragstellern die Nationalsozialisten mit samt ihren rechtsbürgerlichen Tröglern.

Der Bericht des alten Bismarck-Blattes, das jetzt auf Hugenberg's Pfaden wandelt, über den Sitzungsverlauf ist nicht wenig spannend. Da liest man u. a. in einer Rede des Kommunisten Westphal die Worte: „Wir sagen offen: Wir werden die Massen auf den bewaffneten Straßenaufstand vorbereiten.“ Unmittelbar vor der Abstimmung rief der Kommunist Meyer: „Wir wollen keine Putsch machen, wir wollen die Revolution.“ Und nachdem Herr Meyer dies verkündet hatte, stimmten Nazi und Deutsche nationale treu und fest für seinen Antrag.

Man sagt, daß über Motive nicht abgestimmt wird. Hier aber scheint uns doch — wenigstens bis zu einem gewissen Punkt — auch eine gewisse Uebereinstimmung in den Absichten vorhanden. Auch die Nationalsozialisten wünschen einen „bewaffneten Straßenaufstand“, um dann „die Kommune“ niederzuschlagen zu können. Beide Teile der neuen Mehrheit in der Hamburger Bürgerschaft sind also einig in der Absicht, die Entwicklung bis zu dem Punkte weiterzutreiben, an dem man sich gegenseitig die Hälse abschneiden kann. Da aber auf dieser Grundlage eine gemeinsame Regierung kaum gebildet werden kann, überläßt man es der alten Regierung zu arbeiten und für die Aufrechterhaltung des inneren Friedens zu sorgen. — Wofür man sie dann natürlich gemeinsam beschimpft!

Und außerdem — der Aufhebungsbeschluß war natürlich ein harmloses Vergnügen, denn er hat keine staatsrechtlichen oder politischen Folgen.

### Berfemter „Lugemburgismus“.

#### Er führt zur Sozialdemokratie.

Die „Rote Fahne“, die täglich auf ihrer ersten Seite Rosa Luxemburg als ihre Begründerin nennt, brachte gestern auf der vierten Seite eine Rede, die Roganowski vor kurzem in Moskau gegen den „Lugemburgismus“ gehalten hat. Da liest man in fetten Schlagzeilen Ueberschriften wie diese: „Rosa Luxemburgs Fehler“ — „Der Lugemburgismus eine Brücke zur Sozialdemokratie!“ — Es handelt sich um eine nochmalige Polemik gegen den unglücklichen Stuchki, der sich in einer bolschewistischen Zeitschrift gewisser Abweichungen

### Staatstheater.

#### Richard Billiger: „Raubnacht“.

Oesterreichische Weltbühnen, Aufkapp. Jungfernmord. Pathologischer Fall eines Missionars. Entdeckung eines Talentes, das mitten in der Entwicklung zerbricht. Troglöcher. Aufmerksamkeit für den österreichischen Dramatiker, einen jungen Mann von imponierender Riesengestalt. M. H.

„Widerhall im In- und Auslande.“ — Die Wirkungen des „Hilfer-Briefes“. Das Auslandsecho besteht in einigen reaktionellen Zeilen über zustimmende Aeußerungen der italienischen Faschistenpresse, ohne daß man allerdings auch nur ein Blatt und eine Zeile Zitieren anzuführen in der Lage ist.

Dann folgen ein paar Kommentare aus der Berliner Presse, wobei „Der Angriff“ ärgerlich feststellen muß, daß die „Germania“ als das Organ Brüning's sich mit ganzen vier Zeilen wegwerfendem Kommentar begnügt hat, und daß die übrige bürgerliche Presse „sich meist jeglichen Kommentars enthält“. Sogar fügt sie hinzu, daß diese Enthaltensamkeit „bei der sonst ziemlich geschwägigen (deutschnationalen!) „Berliner Börsen-Zeitung“ besonders auffallend“ ist.

Das ist alles, und das Ganze nennt man mit den größten Fettschneidern aus dem Segertafeln der „Angriff“-Druckerei: „Gewaltiges Weltscha“. Eine ganze plumpe Groschenfalle, um den Straßenhandel durch Vorspiegelung falscher Tatsachen zu heben.

In Wirklichkeit ist Dafs Brief total verpufft. Im Inlande, weil es keinem vernünftigen Menschen einfallen wird, wertvolle Stunden mit der Lektüre von 12 Spalten des „Hilfer-Briefes“ zu verplempern. Man möchte wetten, daß selbst der Adressat Dr. Brüning weder die Zeit dazu gefunden, noch die Lust dazu gehabt.

Wie die Welt deauhen darüber denkt, das dürfte die „New York Times“ am treffendsten zum Ausdruck gebracht hat, als sie in einem Leitartikel schrieb:

„Vor zehn Tagen proklamierte sich Hitler durch ein stimmige Wahl durch sich selbst zum Vorführer des deutschen Volkes an Stelle von Dr. Brüning's Regierung. Gestern veröffentlichte er eine Kammerteilnahme an den Kanzler. Die Verschiedenheit der Aufnahme der beiden Aeußerungen Hitlers ist beachtenswert. Vor zehn Tagen war in der ganzen weiten Welt die Zuhörererschaft bereit, Hitler beim Wort zu nehmen. An den Börsen kam sogar die Erwartung zum Ausdruck, daß die deutschen Faschisten demnächst die Macht ergreifen würden, daß das Ende der Republik nahe sei und eine Uebernahme mit den Urhebern des Versailles Vertrages bevorstehe. Der Offene Brief Hitlers an den Kanzler wurde jedoch nur wenig an prominenter Stelle abgedruckt, nachdem die machtvolle Erklärung Brüning's vorlag, die Gewicht und Charakter besitzt, was beides nicht zu den Gaben des Führers der Nationalsozialisten gehört. Inzwischen hat auch der Beschluß des Reichstagsausschusses gezeigt, daß Hitler nicht einmal sozial Stimmen besitzt, um seinen Worten Nachdruck geben zu können.“

Diese Stimme hat der „Angriff“ freilich nicht abgedruckt.

[schuldig gemacht hatte und der deshalb vom großen Stalin schon einmal kritisch vernichtet worden ist. Stucht sieht im Verdacht, ein „Lugemburgist“ zu sein und das ist ungefähr dasselbe wie Troglöcher und Trogli ist „ein Kämpfer der konterrevolutionären Bourgeoisie“. Darum wittert Roganowski:

Wenn Stucht in seinem Aufsatz die Flagge des Lugemburgismus auszuwaschen versucht, um in unsere Presse den troglöcherischen Pöbel hineinzuschleusen, so liegt auch darin nichts Besonderes; denn was bleibt den zerriebenen Troglöcheren anderes übrig, als sich durch solche Konterbande zu irreführen?

Wenn aber die bolschewistische Zeitschrift „Proletarische Revolution“ es für möglich hält, ihre Spalten den troglöcherischen Schmutzleuten zur Verfügung zu stellen, so ist das keine Bagatelle mehr. Das bedeutet, daß in unseren Reihen noch ein fauler Liberalismus gegenüber den Abweichungen vom Bolschewismus und gegenüber den Entstellungen der Geschichte unserer Partei besteht. Es bedeutet, daß es in unseren Reihen noch Menschen gibt, die in ihrer Tölpelhaftigkeit bereit sind, den troglöcherischen Schmutzleuten eine unwillkürliche Hilfe in der Fälschung der Geschichte des Bolschewismus um eines faulen Liberalismus willen zu leisten.

Unter diesen Umständen wird man keinem Russen und keinem deutschen Kommunisten, der nach Rußland reist, raten, sich als einen Anhänger Rosa Luxemburgs zu bekennen. Er käme in Gefahr, je nachdem als ein Tölpel oder als ein „troglöcherischer Schmutzleuter“ betrachtet und behandelt zu werden.

### Trogli — ein bürgerlicher Gegenrevolutionär.

In einem Artikel über die Geschichte des Bolschewismus und der Kommunistischen Partei, der in der „Prawda“ veröffentlicht ist, finden sich folgende Ausführungen über Trogli und den Troglöcherismus:

„Nach der Niederwerfung des Troglöcherismus und der Ausschließung Troglöcher aus der Partei, wissen wohl alle Parteimitglieder und auch viele parteilose Arbeiter, daß nur Lenin und seine Partei die Organisatoren der Oktoberrevolution und ihrer Siege gewesen sind. Die Begende von der hervorragenden Rolle Troglöcher ist von ihm selbst und den Troglöcheren erdacht worden, um die Sympathien der jüngeren Parteimitglieder für die Opposition und für den Kampf gegen das Zentralkomitee der Partei zu gewinnen. Die Partei hat unter Leitung des Genossen Stalin Troglöcher auch in dieser Frage entlarvt. Die Partei weiß — und das ist es, was man den jungen Parteimitgliedern einprägen muß — daß der Leninismus geboren, gemacht und erstarkt ist im Kampf gegen alle Spielarten des Opportunismus, darunter auch gegen Troglöcher, diesen Helden der Phrase und böswilligen Fraktionspolitiker.“

Diesen Ausführungen ist noch ein Zitat aus einer Polemik Stalins gegen Troglöcher angefügt, laut welchem „der Troglöcherismus schon lange ausgeführt hat, eine Fraktion des Kommunismus zu sein, da er tatsächlich ein Korps der gegenrevolutionären Bourgeoisie ist“.

Die neue Regierung Spaniens steht unter dem Vorhitz des Republikaners Azana, der zugleich Wehrminister ist. Außenminister ist als Nachfolger von Terraz Professor Zulueta. Arbeitsminister bleibt der Sozialist Caballero, während an Stelle des sozialistischen Finanzministers Prieto der Sozialist Carnero tritt. Prieto übernimmt das Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Sozialist ist auch der Unterrichtsminister de los Rios, der bisher die Justiz verwaltet hat. Im ganzen ist der Kurs mehr nach links verschoben. Das Parlament sprach der neuen Regierung mit 294 gegen 4 Stimmen bei mehreren Enthaltungen das Vertrauen aus.



# Weißenberg bei der Arbeit

## Spuk in der Neuen Welt — Der „göttliche Meister“ belauscht

Einem Mitarbeiter des „Vorwärts“ ist es trotz dreifacher Türkontrollen gelungen, einer der großen Versammlungen der Weißenberg-Sekte als „unreiner Fremder“ beizumischen. Er schildert nachstehend seine Beobachtungen und setzt an die Spitze seines Berichtes das folgende Wort von Kael Marx: „Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“

Der Heilmagistrierer a. D. und selbige göttliche Meister, Josef Weißenberg, Häuptling der Evangelisch-Johannischen Kirche nach der Offenbarung St. Johanni, kann von Glück sagen, daß er 1931 die Spielbürger mehrzellige macht, um 1431 hätte man ihn mit Siedennilsteinen zum Scheiterhaufen gebracht. Selbst das Kaiserreich verstand in diesen Dingen weniger Spaß als die Republik: im Jahre 1915 klopften eines Morgens zwei Kriminalbeamte an die Tür der Weißenbergischen Behausung und schleppten den überraschten Propheten wie jeden anderen Langenichts auf die Stadtknagel. Hier machte man ihm wegen seines geistlichen Umfugs das Verhör. Indem er es aber verstand, sich als einen durch Schuppheit Bergewaltigen hinzustellen, gelang es ihm, sich hinter einen bekannten Reichstagsabgeordneten zu stecken, der später sogar in seiner Angelegenheit im Deutschen Reichstag das Wort nahm. Jedenfalls dürfte die Petition des pp. Weißenberg zu den seltsamsten Druckfäden der Volksovertreibung gehören.

### Jetzt macht Weißenberg in Schwarzweißrot.

Heute ist bei Weißenberg alles schwarzweißrot. Von der Galerie des großen Saales der „Neuen Welt“ baumeln riesige schwarzweißrote Banner mit einem schwarzen Kreuz im weißen Feld, die Saalordner tragen schwarzweißrote Binden, die Mitglieder der Weißenberg-Sekte schwarzweißrote Schleifen, die Bannerträger schwarzweißrote Schärpen und selbst der Altar, den man vor der Bühne aufgebaut hat, auf dem zwischen zwei Leuchtern ein Kreuz steht, ist schwarzweißrot drapiert. Die Kontrolle am Saaleingang ist doppelt und dreifach und scharf, als wollte man zu einem Feuertempel. Dann wieder macht der herrlich volle Saal den Eindruck eines Regattaklubobernügens, weil die Rämter alle einen Regattakanzig angezogen haben und dazu Schirmmützen tragen, an denen eine Taube die Rotarte darstellt. Der allgemeine Umgangston ist das fröhliche „Du“ und was in der Generalsammlung der Berliner Metallarbeiter gutes Recht ist, den Kampfenossen zu tun, das ist bei Weißenberg Pflicht, jene elegante Frau da im Pelz und schwarzweißrotem Detailschleier mit „Du“ und „Schwester“ anzuzuden. Läte man es überdies nicht, wäre man stracks als „unreiner Fremder“ erklart. Man ist gegungungen, mit den Bänken zu heulen und allen Duz mitzumachen. Kritisch wird die Situation nur, wenn Weißenberg sich seine Redie nucht, die er hypnotisiert und dann predigen läßt — er selber drummelt ja nur die Bilanz in seinen Beut — oft wenn dieser Preis jetzt untereins als alten Sündentüppel herausgriffe, zum Altar schleppte und nun von einem verlangte, vor 4000 Menschen im Saal die Verkündungen zu den drei Hauptstücken des lutherischen Katechismus aufzusagen. Aber der Weißenberg, oder wie sagen die Leute immer: „der göttliche Meister mit dem irdischen Namen Josef Weißenberg“ geht vorüber.

Nun ist das Kommen Weißbergs tätig genug. Von einer Ehreneskorte der Kriegervereine „Ewiges Leben“ flankiert, erscheint in der Tür ein trisfängiger Greis, an dem nur

sein außerordentlich kostbarer Pelzmantel und eine tolle Krone auffällt. Es gibt nämlich gedehnte Quanzitätstüchtigkeit, die lassen sich ihren Scheitel ausrotieren. Das macht Weißenberg auch, aber gleich demachen, daß ihm die halbe Seite seines Schopfes weggehebt ist. Plötzlich ein martererschütternder Schrei, eine Frau wirft die Hände hoch, fällt nach hinten über und windet sich in Krämpfen. Sie hat den „Meister“ gesehen. Der läßt sich aber gar nicht stören, sondern schreitet vor zum Altar, die Kriegervereinswache reißt die Hacken zusammen und salutiert.

Somit pflegt jeder Geistliche, der ein Gotteshaus betritt, zuerst zum Altar zu gehen und ein Gebet zu sprechen. Weißenberg zieht sich seinen Pelzmantel aus, winkt dem Kellner und bestellt acht Koffa. Er hatte nämlich noch sieben Länger bei sich. Dann gießt er den Kaffee ein, steckt nach russischer Sitte den Zucker stüdenweis in den Mund und gießt Kaffee darauf. Anschließend hat er großen Durst, denn er bestellt gleich noch einmal eine Runde Koffa.

### Frauen stöhnen, schluchzen und freischen.

Der erste größere Klamaul beginnt beim Fahneneinmarsch. Fahneneinmärsche haben ja immer ihre Wirkung. Bei Weißenberg die, daß zwanzig, dreißig Frauen in Ekstase geraten, die Hand bezeichnenderweise zum Gesichtstengruß erheben und bei geschlossenen Augen, und zitternd am ganzen Körper, stöhnen, schluchzen oder freischen. Auch von den Sängern, die auf der Bühne Platz

genommen haben, verfallen mehrere in Krämpfe. Da man aber unten im Saal die Frauen in Ohnmacht fallen wie die Fischen, hat der Weißenberg zwei Gehilfen: junge Mädchen in samendebelblauen Kleidern, die einen exquisiten modernen Schnitt haben. Die stiefern nun ununterbrochen durch den riesigen Saal und bringen die Leute wieder zu sich. Es ist ein Wunder, daß niemand tobsüchtig wird. Wenn es nun von allen Ecken und Enden ruft, ein „Geisterbeschwörer“ möge kommen, schaffen es die beiden Gehilfen nicht und Weißenberg geht selber los. Während sich nun die schlanken Mädchen durch die Stuhlreihen zwängen und bis zu den sich in Krämpfen Windenden hinstrecken, kann das Weißenberg nicht, denn er hat einen enormen Schmerzbauch. Er bleibt also in der Mitte des Saales stehen und wint. Da das nicht hilft, macht Weißenberg etwas anderes. Und jetzt kommt ein Augenblick, bei dem man losbrüllen möchte vor Lachen, denn sonst macht das Ganze einen widerlichen, menschenunwürdigen Eindruck, wenn wir Frauen wären, könnte man sagen, da stecke der Teufel hinter: also Weißenberg holt eine Parfümfäsche aus der Westentasche und beginnt mit Wasser zu spritzen.

Inzwischen wird gepredigt. Dazu hatte Sonntagabend Weißenberg einen Mann und zwei Frauen. Die werden von ihm unter furchtbarem Zeremoniell hypnotisiert und halten dann jeder halbstündige Brandreden. Berichten kann man darüber nicht, weil man diese zusammenhanglosen Wortaneinanderreihungen nicht begreift. Auch wenn man sich bemüht, genau zuzuhören. Es geht nicht. Aber fortgesetzt fallen Frauenspersonen um. Schade um manches hübsche, junge Mädchen. Man schämt sich für andere, wenn eine Frau wild gestikuliert und tierische Laute ausstößt, dabei aber ein Neugeborenes auf dem Arm trägt. Der arme Säugling heult zum Steinerweihen.

Dieser Weißenberg ist ein Produkt der Nachkriegszeit. Die Verfallserscheinungen des Spätkapitalismus geben den Nährboden ab, auf dem diese Sumpfpflanzen des Sektenunwesens wuchern.

# Was Goerdeler will

## Der Preiskommissar über seine nächsten Absichten — Um den Brot- und Milchpreis

Der Reichskommissar für Preisüberwachung Goerdeler hat die Bürgermeister der Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern erucht, ihm noch in dieser Woche über die Brotpreisspanne der betreffenden Stadt zu berichten, um noch vor Weihnachten die sehr verschiedenen Brotpreisspannen zu vereinheitlichen und dadurch das Brot allgemein zu verbilligen.

Die Brotpreisspanne zwischen dem Preis des für ein Kilogramm Brot verbrauchten Weizens und dem Verkaufspreis des Brotes ist außerordentlich verschieden. In B. in Leipzig 12 Pf., in München 23,5 Pf. Die Verschiedenheit der Steuern, Mieten und der Verschuldung können das nicht rechtfertigen. Daher soll eine freiwillige Vereinheitlichung durch Verhandlungen angestrebt werden, etwa auf 12 Pf., andernfalls sind entsprechende Anordnungen zu erlassen. Selbstverständlich darf eine Ueberschreitung irgendwo bestehender niedrigerer Brotpreisspannen nicht eintreten.

Beim Abbau der Straßenbahnfahrpreise glaubt der Reichskommissar die Rücksicht auf die Gemeindefinanzen nicht außer acht lassen zu dürfen. Ein übereilter Preisabbau würde zwar gewiß begrüßt werden, könnte aber nach kaum drei Monaten wieder eine Preiserhöhung notwendig machen. Für die Gaspreise ist der Preisabbau belanglos, da der Kohlenpreis vom Gaspreis nur sehr wenig ausmacht und die Kohlenpreisentung zur Wertverminderung der Nebenprodukte Koks, Ammoniak und Sulfate führt. In den Gasarbeiten sind, anders als bei den Straßenbahnen, erhebliche Finanzzuschüsse enthalten. Die Gaspreisentung dürfte jedoch durch den Zinsabbau, Lohn- und Gehaltsreduzierung gefördert werden, bei den privaten Gaswerken wirkt allerdings die Erhöhung der

Umsatzsteuer entgegen. In nicht wenigen Orten steht der Gaspreis auf dem Vorkriegsstand. Der Reichskommissar will bei Gas und Elektrizität in steilem Einvernehmen mit dem Deutschen Städtebund vorgehen und die Deffenlichkeit dauernd über den Fortgang unterrichten. Ueber die Wasserpreise ist noch nicht verhandelt worden, doch ist der Reichskommissar auf den unerträglichen Unfug der „Bewaltungskosten“ nachdrücklich aufmerksam gemacht worden.

Die Milchpreiserhöhung ist gerade am Tage des Amtsantritts des Reichskommissars erfolgt. Die Milchpreisentung wird erwünscht durch die Vielzahl der zuständigen Instanzen. Man wird vielleicht eine örtliche sachverständige Stelle dafür bestimmen. Für die anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse sowohl für ihre Preisentung wie auch für eine Änderung in ihrer Heranbringung an die Konsumenten wird der Reichskommissar in den nächsten Tagen seine Befugnisse auf Landeskommisfars übertragen.

Schließlich wird der Reichskommissar auch mit den Zeitungsverlagen über eine Herabsetzung der Preise der Zeitungen und der Inserate verhandeln. Der Buchhandel hat bereits vielfach die Preisentung um 10 Proz. zu der er nach Neujahre gezwungen ist schon eintreten lassen, damit das Weihnachtsgeschäft nicht leide, allerdings nur für Bücher, die vor dem Juli 1931 erschienen sind.

Als Mitarbeiter hat der Reichskommissar den Oberbürgermeister Schroeder-Schneidemühl gewonnen, der ein besonderer Kenner der Kriegswangswirtschaft und der landwirtschaftlichen Preisverhältnisse ist.



Unten stand der Schuldiener. „Auf Wiedersehen, Fräulein Doktor! Wünsche wohl zu speisen, Fräulein Doktor!“ Respektvoll sah er ihr nach. Ja, die Soriot, die hatte Schneid im Leibe! Wie die die Mädchen heut morgen gedrückt hatte — und ohne lautes Schreien, man hatte gar nicht gehört, was sie eigentlich gesagt hatte. Richtig aus der Hand fraßen die Mädchen! . . .

Germaine schritt rasch aus. Vielleicht war Nachricht von Walter da oder am Ende war er selbst schon daheim. . . ? Wie lange hatte sie ihn nicht gesehen! Keinen Besuch hatte die Klinik erlaubt — man hatte zu viele Fälle erlebt, in denen durch Angehörige oder Freunde Morphium herein geschmuggelt wurde, hatte man ihr gesagt, als sie trotz der Absage hingefahren war, und man dürfe keine Ausnahme machen! Ja, überall gab es eiserne Gesecke, eine festgefügte Ordnung, das mußte wohl so sein. . .

Sie schrak heftig zusammen, denn zwei Hände legten sich plötzlich von hinten über ihre Augen. Zwei Arme umschlangen sie, und eine tiefe Bassstimme murmelte in verstelltem Tonfall: „Geld oder Leben!“

„Walter! Du Schlingel, du umgezogener! Was siehst du gut aus. . . o Gott, ist das eine Freude! Wäiti, bis du's denn wirklich!“ Stürmisch hängte sie sich an den Arm des Bruders. „Ach, das ist mein schönster Tag seit Jahren, heute!“

Der junge Mensch lachte. „Ich habe dich wohl tüchtig erschreckt, wie? Aber ich konnte es daheim nicht aushalten vor Erwartung, dich wiederzusehen! Ich freue mich ja auch grenzenlos, Germaine!“

„Wie gut du ausseht“, wunderte sich Germaine immer wieder. „Du hast wohl eine sehr gute Pflege dort gehabt!“

Der Bruder wehrte ab. „Sei bloß still mit Pflege — aber das brauchst du Mama nicht zu sagen. Kogelehen davon — in den letzten 14 Tagen war's tatsächlich brillant. Aber was ich in den ersten zwei Monaten durchgemacht habe — davon machst du dir keinen Begriff! Ich habe ja was an Strapazen ausgehalten beim Militär und im Krieg — aber ich kann dir sagen, im Vergleich zu dem hier war das die reinste Sommerfrische.“

„Aber Walter, hast du dich denn nicht beizwert! Das werden wir jetzt noch tun, denn das wäre ja noch schöner. . .“

Der junge Mensch lachte kurz auf. „Da gibt's kein Bekommen, Schwesterchen, das gehört zum System, zur Methode. Man hat mich einfach liegen lassen, in Krämpfen, in den entsetzlichsten Delirien, ohne mir etwas zu geben. Ein Glück, daß in meinem Zimmer nichts war, keine Schür, kein Koffer, kein Glas — ein einfacher kahler Raum, wie eine Gefängniszelle, mit vergittertem Fenster. Man konnte sich weder auf's Pfaster stürzen, noch sich aufhängen — sonst hätte ich's getan, das kannst du mir glauben. Aber nun werde nicht schon wieder bloß — ich bin ja da, bei dir!“

„Walter! Das ist ja furchtbar — das kann ich überhaupt nicht fassen!“ Germaine blieb stehen. „Weiß denn Doktor Heim, daß das dort so gemacht wird? Und hat er dich denn nicht beizwert? Er erzählte uns doch, er hätte dich gesehen, und du hättest ihm zugelaßt und zugewunken!“

„Gelesen habe ich ihn allerdings, aber das Zwinkern sah etwas anders aus. Ich wollte mich auf ihn stürzen, weil er mich hier hereingebracht hatte, aber die Wärter hielten mich fest. Den Angehörigen kann man das natürlich nicht erzählen, denn Ihr hättet euch ja zu Tode erschreckt. Nach seinem Besuch hat man mich übrigens besser behandelt, so einigermaßen als Mensch, wenn auch als minderwertigen Menschen — aber immerhin doch nicht mehr wie ein Vieh! Ich empfind das schon als einen großen Fortschritt!“

„Das ist einfach entsetzlich.“ Germaine konnte nur mit Mühe ihre Fassung bewahren. „Mit welchem Recht hat man dich denn so behandelt. . .“

„Recht? — Germaine, dort gibt's kein Recht. Ein Morphiumist steht außerhalb jedes Gesetzes! Er ist ein Verbrecher, ein vollkommen verlorntes Subjekt! — Aber denke ja nicht, daß die Herren besser sind! Ich bin felsenfest davon überzeugt, daß gerade der Arzt, der mich am ärgsten getriezt hat, Kokain schnupft. Und alle Augenblicke wird ein Wärter herangeführt, weil er den Patienten Morphium verschafft hat —

aber lassen wir das auf sich beruhen. Jedenfalls gehe ich mein ganzes Leben lang nicht mehr in diese sogenannte Klinik — lieber ins Zuchthaus!“

„Wir müssen heute noch zu Doktor Heim gehen und ihn das erzählen, Walter!“

Ihr Bruder nickte. „Ja, mit dem muß ich mich noch unterhalten! Ich habe zwar den Eindruck, daß auch dem erst ein Seifensieder ausging, als er mich beizwert! Diese Methode hat er dort sicherlich nicht vorausgesehen, sonst hätte er mir nicht gerade diese Anstalt empfohlen. Aber wir sind gleich daheim, Germaine! Vor Mama wollen wir davon nichts sprechen. Und nun mache ein frohes Gesicht, Schwesterchen! Das liegt hinter mir, ich leg's zu allem anderen! Aber vor mir liegt jetzt das Leben, Germaine!“

Und noch einmal wichen Rebeiwolken und dunkle Schatten. Von der Hoffnung und Erwartung, von Frohstimm und Festlichkeit waren die Monate erfüllt. Denn ein Mensch, zu dessen Füssen sich schon die Brust geöffnet hatte, der auf dem schmalen Grat zwischen Diesseits und Jeniseits daheim war, hatte sich dem Tod abgerungen.

Ein Mensch — das war sehr wenig in einer Zeit schwerster Wirtschaftskrisen, in diesen Jahren politischer Kämpfe, chaotischer Wirrungen, in diesem hohen Auf und Ab von Zusammenballungen und Lösungen.

Ein Mensch — das war etwas, das auf die Seite des Zuviel gehörte in dieser Zeit der härtesten und unerbittlichsten Bilanz, etwas, das einem anderen den Weg verperrte, das Platz für sich beanspruchte, den schon ein anderer besaß. Nur innerhalb eines winzigen Kreises von drei Menschen wurde dieses lästige Zuviel, dieses gänzlich bedeutungslose, puppenhafte Etwas, dieser seelenlose Eindringling, der erst nach seinem Tode auf Smpathie rechnen dürfte, wieder zu dem, was er seinem Wesen nach war: ein Mensch, etwas Einmaliges, Unerlehtliches, etwas, das Werte besaß, die selbst die Millionenkapitalien internationaler Trusts nicht bezahlen konnten.

Hier erfüllte sich das Wunder, daß die Puppe wieder eine Seele erhielt und daß die Seele Kräfte ausströmte und Kräfte band, die man nicht wägen und messen konnte, Kräfte, die nicht einmal ein Protest der Mächtigen dieser Erde, der Börsenmagnate und der Großaktionäre auszurollen vermocht hätte, sondern die einfach da waren und da blieben, unzerstörbar, unsterblich, immer wieder sich erneuernd, voll geheimnisvoller Schöpferkraft. . .



# 30 Jahre Siegesallee.

Ungeheurer Eindruck auf die Fremden — sagte Wilhelm

Am 18. Dezember des Jahres 1901 wurde die letzte Figurengruppe der Siegesallee mit höchstem Zeremoniell enthüllt. Wilhelm II. in der Garde-du-Corps-Uniform mit dem Adierhelm, Bülow, Eulenburg, Reinhold Begas und andere Prominenten der damaligen Hofgesellschaft waren erschienen, Lehrer und Schüler des Gymnasiums zum Grauen Kloster hatten mit dem Schulbanner Aufstellung an dem Denkmal genommen, das den Kurfürsten Johann Georg darstellt, der anno 1576 das Gymnasium gegründet hatte. Die Hülle des Denkmals fiel. Damit war die Siegesallee vollendet und Berlin um eine der absonderlichsten Sehenswürdigkeiten der Welt bereichert.

Der Einfall, die große Straße durch den Tiergarten beiderseits mit den Standbildern brandenburgischer Fürsten einzurahmen, stammte von Wilhelm II. Sein künstlerischer Berater in dieser Angelegenheit war unglücklichweise Reinhold Begas. Die Durchführung des Planes sollte ein Experiment sein: Die Künstler sollten nicht durch Wettbewerb von einem Kunstgerichtkollegium ausgewählt werden, sondern der Kaiser sollte in der Weise der Fürsten des Mittelalters und der Renaissance nach eigenem Ermessen unmittelbaren Auftrag an einzelne Bildhauer geben. So sollte die Siegesallee der Welt beweisen, daß der Befehl des absoluten Herrschers bessere Kunstleistungen hervorbringen könne als die demokratischen Verfahren der Kunstpflege.

Wilhelm II. hielt seinen Versuch für geglückt. In seiner bekanntesten Rede am Abend desselben Tages behauptete er: „Es zeigt das, daß die Berliner Bildhauerschule auf einer Höhe steht, wie sie wohl kaum je in der Renaissance hätte schöner sein können“ und: „Das kann ich Ihnen, meine Herren, schon jetzt mitteilen: Der Eindruck, den die Siegesallee auf die Fremden macht, ist ein ganz überwältigender. Ueberall macht sich ein ungeheurer Respekt für die deutsche Bildhauerei bemerkbar!“ Diese Rede ist übrigens durch die scharfen Ausfälle gegen die damals neue naturalistische Kunstleitung und die Mahnung an die deutsche Kunst, nicht „in den Klinkstein hinabzustiegen“, berühmt geworden.

Die Siegesallee umfaßt 32 Figurengruppen. Unter den Partizipanten an den Seitenbänken sind einige bemerkenswerte Männer vertreten, so Cise von Replow, der Schöpfer des Sachsen-Spiegels, der Berliner Bürgermeister Thilo Wardenberg, ein revolutionärer Geist, der Berlin zur freien Reichsstadt machen wollte, ferner Alexander v. Humboldt, Freiherr vom Stein, Kant, Schiller, Johann Sebastian Bach. Aber wirklich populär ist jedoch nur der Kopf des Ritters Bedigo v. Blotho am Denkmal Heinrichs des Kindes. Kann ein Berliner weiß, wer der historische Ritter Blotho war — oder dieser Bedigo von Blotho in der Siegesallee ist kein anderer als unser — Heinrich Zille, der dem Bildhauer Kronis für den Blotho-Modell gestanden hat. Hernach hat sich die Familie von Blotho über die „Proletariernease“ ihres angeblichen Ahnen beschwert.

Schon zur Zeit ihrer Vollendung wurde die Siegesallee in der Öffentlichkeit lebhaft kritisiert und als Rißschiff von den Kunstverständigen abgelehnt. Nach der Revolution tauchte wiederholt der Gedanke auf, die ganze Figurenparade der Siegesallee „abzubauen“. Für den Zustand der höchsten deutschen Kunst um die Jahrhundertwende bleibt die Siegesallee jedoch ein lehrreiches kulturgeschichtliches Dokument.

## Berliner Notar verhaftet.

Er will das Opfer ungetreuer Angestellten sein.

In seiner Berliner Wohnung wurde ein Juraanwalt, der 52 Jahre alte Rechtsanwalt David Kell, festgenommen. Die Verhaftung erfolgte auf Grund eines Haftbefehls.

Der Haftbefehl gegen den Anwalt, der seit 1924 Notar ist, ist nicht — wie üblich — von der Staatsanwaltschaft, sondern anschließend, mit Hinsicht auf den Fall Bagentemeyer, von der Eröffnungskammer ausgestellt worden. In seinen Vernehmungen gab der Anwalt an, daß er selbst die Mandantengelder nicht unterschlagen habe, sondern das Opfer ungetreuer Angestellter geworden sei. Er hatte eine recht gut gehende Praxis, die ihm eine auskömmliche Existenz sicherte. Dr. Kell soll aber, wie ihm die Anklage zur Last legt, einen ziemlich großen Aufwand getrieben haben, der besonders in letzter Zeit nicht mehr mit den infolge der Wirtschaftskrise gesunkenen Einnahmen in Einklang zu bringen war. Wie dazu von anderer Seite mitgeteilt wird, galt der Anwalt als ein sehr gutmütiger Mensch. Er hat z. B. noch eine stattliche Anzahl von Forderungen an seine Klienten, die aber nicht einzutreiben sind. Dem Anwalt wurde vorgeworfen, Mandantengelder in Höhe von 20 000 M. unterschlagen zu haben. Vor einem halben Jahre ist ihm das Notariat aberkannt worden. Die Anklage gegen ihn lautet auf Amtsunterschlagung in seiner Eigenschaft als Notar.

## Wochenende — warum, wie und wo?

Ausstellung „Sonne, Luft und Haus für Alle“ 1932.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat Staatsminister Dr. Hirtler das Protokoll über die im nächsten Jahr stattfindende Berliner Sommerchau „Sonne, Luft und Haus für Alle“ (14. Mai bis 7. August) übernommen. Die Gruppe „Wochenende — Warum?“ steht unter Leitung des Hygiene-Museums, Dresden; die Gruppe „Wochenende — Wie?“ wird vom Museum für Lebensübungen bearbeitet. Besonders dargestellt wird „Das Wochenende der Frau“. Die Gruppe „Wochenende — Wo?“ behandelt der Berliner Wochenend-Ausschuss. Unter Mitwirkung des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands wird auch das Gesamtgebiet „Der Kleingarten“ erschöpfend gezeigt werden.

## Selbstmord eines Polizeieinspektors.

Mona, 17. Dezember.

Der beim Polizeipräsidenten Altona-Bandschel tätige Polizeieinspektor Engelmann hat sich heute im Gasthof des Heidehofes Holm-Soppensen bei Buchholz durch einen Revolverbeschuß getötet. Engelmann hatte sich in der Kassenführung Unregelmäßigkeiten zuschreiben lassen und war deshalb seit längerer Zeit vom Dienst suspendiert.

Der Autounfall in der Prenzlauer Straße, über den wir im „Abend“ berichteten, hat ein Todesopfer gefordert. Der 5 Jahre alte Günter Hiller aus der Pallasenstr. 9, der mit seinen Eltern überfahren wurde, ist im Krankenhaus am Friedrichshagen seinen schweren Verletzungen in den letzten Abendstunden erlegen. Das Befinden der Eltern ist den Umständen nach zufriedenstellend.

# Berlins Randsiedlung

Um Siedlung und Kleingärten für Erwerbslose — Beratung im Stadtparlament

Im Mittelpunkt der gestrigen Stadtverordnetenversammlung stand die Beratung der Magistratsvorlage über die Schaffung von Dauerkleingärten und Siedlungen für Erwerbslose. — Vorher gab es eine interessante, für die deutsch-nationalen wenig erfreuliche Aussprache über die Wirtschaftsskandale der letzten Zeit, an der deutsch-nationale Parteigänger so hervorragenden Anteil haben. Der Sozialdemokrat Riese sagte dem deutsch-nationalen Steiniger, der sich berufen fühlte, sich schühend vor kriminelle Bankdirektoren zu stellen, bittere Wahrheiten über die deutsch-nationalen Korruptionsfälle.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung beriet in ausgedehnter Aussprache die Vorlage des Magistrats, die die in letzter Zeit im „Vorwärts“ sehr eingehend behandelte Vereinstellung von Gelände zur Schaffung von

## Kleinsiedlungen für Erwerbslose

zum Gegenstand hat. Die Kleinsiedlungen sollen mindestens 800, die Kleingärten 800 Quadratmeter Land umfassen. Vom Reich sind zur Durchführung 5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden, so daß für eine Siedlung 2500 M. für einen Kleingarten 100 Mark verfügbar sind. Es können also 1800 Kleinsiedlungen und 5000 Kleingärten finanziert werden.

### Stadts. Reinhold (Soz.)

wendete sich gegen die Besarien, den Erwerbslosen könnte wirtschaftlich mit solchen Siedlungen geholfen werden. Die geringe Landmenge läßt eine Abschaffung der Erwerbslosen nicht zu. Die beabsichtigte Siedlung kann nur die Absicht haben, den Erwerbslosen und Kurzarbeitern einen Zusatz zu ihrer Lebenshaltung zu gewähren. So sah die sozialdemokratische Fraktion die Vorlage auf und in diesem Sinne wird sie auch der Vorlage zustimmen. Reinhold polemisierte gegen die Behauptung des kommunistischen Redners Salzrieder, der das Projekt des Magistrats als Schwindel und Ausplünderung der Erwerbslosen bezeichnete. Zu der Verzinsung des Anlagekapitals müsse die Stadt noch einen erheblichen Zuschuß leisten. Als während der Ausführungen des Genossen Reinhold der Kommunist Salzrieder fortgesetzt Zwischenrufe ungläublicher Art machte, nahm sich Reinhold diesen Herren ein wenig genauer vor. Als Salzrieder aus städtischen Diensten entlassen wurde, ließ er jammernd zu den „schicksalhaften Herren“ vom Gesamtverband und zu den als Sozialdemokraten bekannten höheren Beamten des Wohlfahrtsamts und bettete trübselig darum, ihn in seine Stellung wieder einzusetzen. (Stürmisches hört, hört.) Salzrieder hat händelnd geschworen, er würde den Sozialdemokraten ewig dankbar sein, wenn sie ihn nur wieder in seine Stellung brächten. (Lebhafte Jurse bei den Soz.) So sehen die Leute aus, die gegen die Sozialdemokraten auftreten. Salzrieder erreichte mit seiner Erwidrerung so große Heiterkeit, daß er obtreten mußte.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wurde die Vorlage nach den Beschlüssen des Haushaltsausschusses angenommen.

## Der Skandal um Seiffert, Ladendorff und Konforten.

Die Anfragen, die Demokraten und Kommunisten wegen der vertragenen mittelständischen Bank für Handel und Grundbesitz gestellt in der Stadtverordnetenversammlung stellten, veranlaßten Herrn Dr. Steiniger, den deutsch-nationalen vortrefflichen Zweckerbandsdirektor, zu einer Rede, die nur als eine Verteidigung der Geschäftspraktiken der Seiffert, Ladendorff und Konforten

aufgefaßt werden konnte. Herr Steiniger, der sonst in seinem Auftreten die Sanftmut selbst ist, bezeichnete Herrn Seiffert, der inzwischen in Südamerika gelandet ist, als einen tüchtigen Kerl, der es in einer Zeit, wo große und größte Banken kollabierten, fertig brachte, 24 Millionen Mark auszugeben! Daß diese Schwindelbank um 50 Proz. höhere Zinsen versprach, als solide Institute, daß Herr Ladendorff als Aufsichtsratsvorsitzender monatelang, jahrelang seine Aufsichtspflicht grob vernachlässigte — womit sich auch der Staatsanwalt beschäftigte —, daß Herr Seiffert lange vorher spanische Sprachstudien trieb, um nach seinen Veruntreuungen und Unterschlagungen in Südamerika besser fortzukommen, weil er längst den Stand seiner Bank kannte, das alles schien Herr Steiniger nicht zu wissen. Nach Herrn Steiniger ist diese Bank an der allgemeinen Krise gescheitert. Nun, der Staatsanwalt wird sich mit Herrn Ladendorff ebenso beschäftigen, wie mit den deutsch-nationalen Pastoren des evangelischen Siedlungskonzerns und den deutsch-nationalen Raiffeisendirektoren.

Genosse Riese sagte dem deutsch-nationalen Verteidiger krimineller Bankleiter gehörig die Wahrheit. Riese erinnerte Steiniger an die Skandale, die seinerzeit der deutsch-nationale Stadtrat Wege veranlaßt hatte. Dieser Parteifreund Steinigers hatte seine Hände in fast allen Gesellschaftsgründungen, die mit der Stadt Geschäfte machten. Seiner Tüchtigkeit gelang es,

mit 61 Goldmark Kapital eine Gesellschaft zu gründen, aus der er jährlich 6000 Mark Zinsen zu bezog

(stürmisches hört, hört!); so groß war allerdings seine Tüchtigkeit nicht, daß er alle seine Gründungen vor der Pleite retten konnte. Wege war es auch, der als Magistratsmitglied in Gesellschaftsangelegenheiten gegen den Magistrat stimmte, weil ihm seine privaten Geldinteressen wichtiger waren, als die Vertretung der Stadt Berlin. Die sozialdemokratische Fraktion hat schon vor Jahren die Abberufung der Herren Le Biseur und Wege vom Berliner Pfandbriefamt aus dem Aufsichtsrat der vertrachten Bank gefordert, aber Herr Steiniger und seine deutsch-nationalen Freunde waren stets dagegen, bis die Bank pleite war. Im übrigen zeige die Aufgeregtheit der deutsch-nationalen Redner, daß noch viel mehr faul ist, als bisher bekannt ist.

Zunor hatte Stadtrat Dr. Heuer (Soz.) erklärt, daß die Stadt an der Bank für Handel und Grundbesitz nicht beteiligt und infolgedessen auch nicht geschädigt ist. Das an der Bank beteiligte Berliner Pfandbriefamt ist eine selbständige Institution, die unter Aufsicht des Staates steht.

Von den Stadtverordneten Dr. Egg (Staatsp.) und Dr. Caspari (Vollsp.) wurde Herrn Steiniger ebenfalls gehörig heimgeleuchtet.

In einem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wird erneut eine individuelle Behandlung der Hilfsbedürftigen bei der Wohlfahrtspflege gefordert. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, bei den Bezirkswohlfahrtsämtern darauf hinzuwirken, daß bei besonderer Hilfsbedürftigkeit die geltenden Richtsätze überschritten werden und daß die Lage der Körperbehinderten und Blinden berücksichtigt wird, insofern, als sie etwa einen Frühberuf oder Hilfsperoneer zu halten gezwungen sind.

Dieser Dringlichkeitsantrag wie ein solcher der deutsch-nationalen Fraktion, der angeht die durch die Ruderordnung herabgesetzten Lebenshaltung die Herabsetzung der Schulgebühren bei den höheren Schulen verlangt, wurde dem Haushaltsausschuss überwiesen.

# Enttäuschungen für Mieter

Ein Teil der Neubauwohnungen ohne jede Mietermäßigung

Ueber die Mietentkungen sprach im Programm der Funkstunde in zwei Vorträgen Oberbürgermeister Durrk; seine Ausführungen wurden von fast allen deutschen Sendern übernommen. Besonders wichtig waren die Darlegungen über die Neuverteilung der Mieten für kleine und mittlere Privatwohnungen, da hierüber in diesen Fällen noch Unklarheit herrscht.

Die Mietkürzung von 10 Proz. gilt für Mietwohnungen; haben diese Zentralheizung und Warmwasserversorgung, so ist dafür ein entsprechender Prozentsatz abzuziehen. In Preußen werden die Kosten für Zentralheizung mit 7 Proz., die für Warmwasser mit 3 Proz. der Friedensmiete bewertet. Wer also eine monatliche Friedensmiete von 100 M. zu zahlen hatte, kann bei einer Wohnung mit Zentralheizung und Warmwasser nur 10 Proz. von 90 M., also 81 M., von der Miete in Abzug bringen. Wo die der gegenwärtigen Miete zugrunde gelegte Friedensmiete durch Vereinbarung oder Entscheidung des Mieteinigungsamtes abgeändert wurde, ist dieser neu festgesetzte Betrag auch für die Berechnung der abzuziehenden Summe gültig. Können Mieter und Vermieter über den neuen Mietpreis zu keiner Einigung kommen, so entscheiden die Mieteinigungsämter oder die von den obersten Landesbehörden dafür festgesetzten Stellen. Wurde die Miete bereits im Jahre 1931 gekürzt, so darf der erlassene Betrag bei der Berechnung der neuen Miete vom Vermieter voll berücksichtigt werden.

Für Neubauten kommt eine gleichmäßige Mietkürzung nicht in Frage. Auf Grund der Ruderordnung muß der Vermieter die Ersparnis, die ihm die Mietenkürzung bringt, anteilig auf die Mieten verrechnen. Sind z. B. in einem Haus fünf Wohnungen zu 1000 M. und fünf zu 500 M., alle vermietet, und der Zinsnachschuß beträgt für den Vermieter 750 M., so ermäßigen sich die 1000-M. Wohnungen jährlich um 100 M., die 500-M. Wohnungen um 50 M. Es es sich allerdings um Wohnungen handelt, die im wesentlichen mit öffentlichen Mitteln gebaut wurden, dürfte die Ermäßigung der Mieten sehr gering sein und unter Umständen überhaupt jeder Mietnachschuß fortfallen. Seither streifte Oberbürgermeister Durrk diese Frage nur in seinem ersten Vortrag und begnügte sich dabei mit der Erklärung, daß die Mieter dieser Wohnungen schon ohnehin billige Miete zu zahlen hätten. Nun sind aber diese „billigeren“ Neubauten heute für die allermeisten Bewohner von Neubauwohnungen unerschwinglich.

Es ist sogar von Behörden anerkannt worden, daß ihre Beamten die für sie errichteten Neubauwohnungen nicht mehr bezahlen können.

Die jungen Angestellten- und Arbeiterhepaare, die heute schwer unter den Lohnkürzungen, der verkürzten Arbeitszeit oder gar unter Arbeitslosigkeit leiden, wohnen, sofern sie eine eigene Wohnung überhaupt besitzen, zum allergrößten Teil in Neubauwohnungen, die aus Hauszinssteuermitteln und mit städtischen Zuschussmitteln errichtet wurden. Für sie soll es also in den meisten Fällen keine nennenswerte Mietherabsetzung geben? Die Bestimmung, daß nach dem 15. Juli geschlossene Mietverträge, die über den 1. April 1932 laufen, bis zum 5. Januar 1932 zum 1. April gekündigt werden dürfen, falls nicht bereits eine mindestens 20prozentige Mietenkürzung erfolgt ist, hat für die Inhaber dieser Neubauwohnungen geringe Bedeutung, wenn sie nicht ihre Wohnung überhaupt aufgeben und in Untermiete ziehen wollen; sie finden ja schließlich eine andere billigere Wohnung. So wird sich also die Mietenkürzung bei Neubauwohnungen am günstigsten dort auswirken, wo sie die geringste Allgemeinbedeutung hat: bei den Luxuswohnungen.

## 400 Prozent über Vorkriegsmiete.

Der Reichsbund für Wahrung der Mieterrechte.

Zu den bevorstehenden Ausführungsbestimmungen über die Anwendung des außerordentlichen Kündigungsrechts des Mieters zum 1. April 1932 hat der Reichsbund Deutscher Mieter z. B. (Sitz Berlin) an den Reichsjustizminister folgendes Telegramm gerichtet:

„Dringende Notrufe aus dem Reich erheischen unbedingte Anrechterhaltung des außerordentlichen Kündigungsrechts der Mieter. Kündigung darf keinesfalls durch zwanzigprozentige Mietkürzung unwirksam gemacht werden, weil bei Geschäftsräumen häufig Steigerungen der Miete auf zweihundert bis vierhundert Prozent der Vorkriegsmiete erfolgt sind und weil viele Wohnraummieten infolge Gehaltskürzung, Lohnkürzung und Erwerbslosigkeit ihren Wohnbedarf hart einschränken müssen. Notwendige Umschlachtung verhindert wirtschaftlichen Zusammenbruch vieler Mieter.“

Die Feiertagsgeschäfte sind am 1. Weihnachtstierstag von 8 bis 12, und am Sonntag, dem 27. Dezember, von 9 bis 12 geöffnet.

Gegen Schnüpfen hilft Forman  
Für 60 2 in Apotheken und Drogerien



## Zum Abwehrkampf bereit.

Die Faschisten dürfen nicht zur Macht kommen.

Im Bezirk Treptow sprach die Genossin Mathilde Barm in einer überfüllten Versammlung; sie untersuchte zunächst die Lage, die durch die neue Notverordnung geschaffen wurde. Je mehr durch Notverordnungen regiert wird, um so mehr werde die Masse der Demokratie entfremdet. Eine diktatorische Regierung könne nicht als Erfolg einer arbeitsfähigen Demokratie angesehen werden. Diese heutigen von vielen als unerträglich empfundenen Verhältnisse wurden durch die Wahlen im September 1930 verursacht. Dieser Reichstag kann infolge der in ihm herrschenden Mehrheitsverhältnisse überhaupt nur negativ wirken. Alles, was die Sozialdemokratie im Kampf gegen die Reaktion durchgesetzt hat, ist heute gefährdet. Erst jetzt beginnen breite Massen einzusehen, welche Bedeutung diese Errungenschaften hatten.

Die Rednerin wandte sich in längeren Ausführungen der Frage der Reparationen zu: Was heute von Deutschland gefordert wird, sind keine Wiedergutmachungen mehr. Wir bezahlen jetzt die Rüstungsausgaben Frankreichs. Die Reparationslasten sind unerträglich geworden und die Völker Europas beginnen zu begreifen, daß der Zusammenbruch Deutschlands ihren eigenen nach sich ziehen muß. Die deutschen Arbeiter haben alles Interesse daran, daß die deutsche Währung erhalten bleibt. Die vorliegende Besprechung eingehend die Preisbestimmungen der Notverordnung und die Absichten des Preisdiktators, von dessen Wirken die Bevölkerung nicht allzuviel zu erwarten hat. Sie forderte unter allgemeiner Zustimmung auf, die Konsumgenossenschaften kräftig zu unterstützen. Alle Versuche, den Reichsrat, der wieder mit anderthalb Milliarden Defizit abschließen dürfte, zu balancieren, werden durch den Lohn- und Gehaltsabbau verhindert. Trotz alledem mußte die Sozialdemokratie unter Berücksichtigung der allgemeinen Lage der Notverordnung zustimmen. Die Faschisten dürfen nicht zur Macht kommen. Aber wir werden keinem Kampf ausweichen, wenn er uns aufgezwingen wird. In dieser schweren Zeit geht die Einheit und Geschlossenheit der Partei sowie der Gewerkschaften über alles.

Nach einer eingehenden Aussprache, in der die ungeheure Unzufriedenheit der Parteigenossen mit den Maßnahmen der Regierung Brünning zum Ausdruck kam, wurde eine Entschließung angenommen, die sich mit der Frage der Reparationen befaßt und die allgemeine Abrüstung fordert.

### Die Not der Rentenempfänger.

Im Kreis Sichtenberg sprach Genosse Dr. Kurt Löwentstein. Welche tatsächlichen Erwägungen die Fraktion auch herangezogen haben, auf die Einberufung des Reichstags zu verzichten, führte er aus, und wie wir im einzelnen dazu stehen; der einzige Hort im Kampfe gegen den Faschismus ist die Einheit der Partei. Das Recht, ja die Pflicht zur nüchternen Stellungnahme des einzelnen bleibt dabei durchaus bestehen. Dem Druck der Partei ist es zum großen Teil zuzuschreiben, daß Brüning im Kundfunk seine Rede gegen die falsche Begeisterung Hitlers gehalten hat. Aber es kommt heute nicht nur auf männliche Worte, sondern auf Taten an. Wir müssen das Vertrauen gewinnen können, daß diese Regierung mit aller Schärfe gegen jede illegale Bestrebung vorgeht.

Die letzte Notverordnung verringert die Kaufkraft der Massen außerordentlich, wenn die Mietsenkung auch eine starke Entlastung und besonders, ebenso wie die Zinssenkung, große psychologische Wirkungen hat. Aber es ist auch eine neue große Verbitterung geschaffen worden; nicht nur bei den Lohnempfängern, sondern auch bei den hunderttausenden Invaliden- und Rentenbeziehern. Und wir müssen damit rechnen, daß sich diese Erbitterung auch gegen uns richtet, obwohl wir alles getan haben, diese wie jede andere Notverordnung zu verhüten. Außerordentlich gefährlich ist es besonders, daß sich unter den politischen Bestimmungen auch Maßnahmen finden, unter denen das Reichsbanner leiden muß. Eine der festesten Säulen der Republik wird davon betroffen. Die Fraktion hat Brüning diese letzte Chance gegeben. Aber eine Hoffnung auf Besserung sieht eine neue wirtschaftliche Wiederaufstieg voraus. Die Terrorakte der Nationalsozialisten sind nicht so schlimm, denn dagegen können wir die Massen mobilisieren. Gefährlicher ist das Anschwellen der nationalsozialistischen Wählerstimmen. Dieser Lawine müssen wir uns entgegenwerfen, denn sie bildet eine große psychologische Gefahr für den Mut und die Hoffnung weiler Volksteile. Aber wirksam dagegen ankämpfen können wir nur, wenn wir uns von einer Verantwortung frei machen, die von den Massen der Leidenden nicht verstanden wird. Treiben wir keine Katastrophenspolitik, aber bereiten wir Partei und Gewerkschaften darauf vor, daß wir keineswegs die Verantwortung für etwa eintretende schlimme Folgen der Notverordnung übernehmen können, sondern im gegebenen Moment energisch den Kampf aufzunehmen bereit sind.

### Der Helldorf-Prozess.

Gewehr und Rühns bereits aus der Haft entlassen.

Die Sitzung im Helldorf-Prozess war gestern vollkommen mit der Verlesung der beiden erstinstanzlichen Urteile ausgefüllt. Man begann damit um 10 1/2 Uhr und war erst um 14 1/2 Uhr fertig. Von den beiden Staatsanwälten Stenig und Herj war nur der letztere anwesend; von den sechs Verteidigern, unter denen sich auch der Freund Hitlers, der Reichstagsabgeordnete Frank II aus München, befindet, war zur Überwachung der Verhandlung nur A. M. Dr. Eriebel zugegen.

Nach der Verlesung der Urteile macht der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dhucorje, die Mitteilung, daß der nächste Hauptverhandlungstermin für sämtliche noch inhaftierten Angeklagten am 22. Dezember stattfinden soll. Die Angeklagten machten gar kein Hehl aus ihrer Freude; sie sehen sich schon in Freiheit. Übrigens sind die vom Schnellgericht zu einem Jahr sechs Monaten bzw. zu einem Jahr drei Monaten verurteilten Rühns und Gewehr bereits gütlich eines früheren Hauptverhandlungstermins aus der Haft entlassen worden.

Gestern wurden die Angeklagten nach zur Person vernommen; heute um 9 Uhr beginnt die Vernehmung zur Sache. Die ersten Zeugen dürften erst in einigen Tagen im Gerichtssaal erscheinen.

Um der Vollständigkeit willen seien auch die Namen der Teilnehmer genannt. Es sind dies der Landgerichtsrat Berner und der Kellner Dr. Arndt. Als Schöffen fungieren ein Maurer und eine Beamtin.

## Lebensgefährliche Glätte.

60 Personen gestürzt und teilweise schwer verletzt.

Auf den gefrorenen Schneeeis sind wieder eine Reihe von schweren Unfällen zurückzuführen, die sich im Laufe des Nachmittags in allen Stadtteilen ereigneten. Auf den verschneiten Bürgersteigen kam es zu wahren Massenstürzen. Das ist offenbar nur auf die recht säumig gehandhabte Streuung zahlreicher Berliner Hauseigentümer zurückzuführen. Es wäre sonst nicht zu erklären, daß über 60 Passanten, in der Mehrzahl Frauen, infolge der Glätte stürzten und sich die Gliedmaßen brachen. Auf einer Rettungsstelle in der Stadt wurden allein neun Personen behandelt, die sich Arm- und Beinbrüche zugezogen hatten. Bei einigen Verunglückten waren die Verletzungen so schwerer Natur, daß sie ins Krankenhaus übergeführt werden mußten.

### Straßenreinigung klappt nicht.

In einer Notzeit, in der die Stadt Berlin jeden Pfennig bekommen halten muß, um die Zahlungen für die Hunderttausenden von Wohlfahrtsempfängern aufrechtzuerhalten, könnte man vielleicht verstehen, daß die städtischen Stellen möglichst wenig Geld für besondere Straßenreinigungsaaktionen ausgeben wollen. Nur ist Berlin kein kleines Städtchen, wo man geduldig warten kann, bis die liebe Sonne Schnee und Eis in den bestebten Matsch vermandelt. In den Straßen der Reichshauptstadt wird durch den Massenverkehr fast jeder Jahrtausend innerhalb weniger Stunden zu einer ge-

fährlichen Schlitterbahn, wenn ausreichendes Sandstreuen und Schneeharung unterbleibt. Das konnte man gestern überall in Berlin beobachten und die zahlreichen Unfälle zeigen, daß die Glätte in vielen Fällen Menschen in Lebensgefahr gebracht hat. Deshalb müssen trotz aller Geldknappheit Mittel für eine ausreichende Straßenreinigung freigemacht werden.

### Wildererunwesen in Westböhmen

Das ganze westliche Böhmen wird seit einiger Zeit in fürchterlicher Weise von Wilderern heimgesucht. Die tschechischen Behörden versagen gegenüber diesem Verbrechen leider; sie scheinen offenbar machtlos zu sein. Der Zustand ist schlimmer als zu Kriegzeiten. Es wird nicht nur aus Rot, sondern auch aus Habgier und sogar aus sportlichem Ehrgeiz gewildert. Es gibt ganze Banden von Wilderern und alle haben auch in den kleinen Gemeinden Helfer oder doch Helfer, da sich niemand an die Burshen wagt. Neben den Wilderern in den Großorten arbeiten viele Häusler für sich als Wildbiede und laden das Wild in Schußnähe an, um es dann aus verborgener Stelle abzufallen. Die Reviere werden derart systematisch ausgeplündert, daß die Gefahr besteht, daß das Wild vollkommen ausgerottet wird.

Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten K.-G. Die Kassen der Zentrale: Berlin S. 14, Wallstraße 65, und der Depositenkasse: Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, werden am Donnerstag, dem 24. Dezember 1931 (Heiligabend) bereits um 1 Uhr und am 31. Dezember (Silvester) um 3 Uhr geschlossen.



# ATA macht den eigenen Herd im wahren Sinne Goldes wert!



In dieser Verpackung erhalten Sie Ata in grober Mahlung. Ata grob ist Henkel's Spezial-Scheuerpulver für Herd und Ofen. Wie alles, was den Namen Henkel trägt, ist es von höchster Ergiebigkeit und allerbesten Güte!

# ATA - grob - Henkel's Putz- und Scheuerpulver für den groben Scheuerdienst

Hergestellt in den Persilwerken.

Schenkt zum Feste Dicke **Parri** 2 1/2 Zigaretten dick, rd. 9/10 M.-Goldm. 50 St.-Packung 1,25 RM Die Zigarette mit der Spitze und Wertmarken. Überall zu haben!







# Die Opferliste.

Eine Schande für ganz Deutschland.

Dresden, 17. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Sächsischen Landtag standen am Mittwoch und Donnerstag eine Anzahl Anträge und Anfragen der sozialdemokratischen Fraktion zur Beratung, die sich mit nationalsozialistischen Ausschreitungen in Sachsen beschäftigen.

Im Verlauf der Aussprache gab der Minister des Innern, Richter, eine Erklärung ab, in der er u. a. ausführte, daß in den letzten Monaten die Ueberfälle auf Andersdenkende zugenommen hätten. Die Sprache in den Versammlungen, Flugblättern und in der Presse sei wesentlich schärfer und unangemessen geworden, allerdings seien diese Uebelstände in Sachsen nicht schlimmer als in anderen Teilen des Reiches.

In Sachsen seien im Jahre 1931 insgesamt 384 politische Schlägereien festgestellt worden gegen 175 im Jahre 1930.

Als schuldig Teil seien anzusehen die Kommunisten in 163, die Nationalsozialisten in 60, Angehörige anderer Parteien in 24 Fällen, während in 135 Fällen die Schuldfrage nicht einwandfrei habe geklärt werden können. Bei diesen Schlägereien seien insgesamt 683 Personen verletzt und 14 getötet worden. Von den Verletzten gehörten 108 der kommunistischen Partei, 363 der Nationalsozialistischen Partei und 64 anderen Parteien an, während die Parteizugehörigkeit bei 148 Personen nicht festgestellt wurde. Unter den getöteten Personen waren 2 Kommunisten, 6 Nationalsozialisten und 4 Angehörige anderer Parteien.

Diese Statistik, so führte der Minister weiter aus, sei eine Schande für diejenigen, die für die Bluttaten verantwortlich seien. Die Regierung sei mit der Reichsregierung und mit der gesamten friedliebenden Bevölkerung darin einig, daß solche Verhältnisse nicht weiter fortbestehen dürfen und noch schärfer als bisher dagegen vorgegangen werden müsse. Die Sprache in den Zeitungen und Flugblättern sowie auf Plakaten und in Versammlungen sei immer maßloser geworden, und es werde oft verstedt zu Gewalttätigkeiten aufgereizt. Die Regierung werde eine solche Sprache nicht mehr dulden. Sie habe die Polizeibehörden angewiesen, mit Verboten gegen Presseerzeugnisse vorzugehen, die sich weiter einer solchen Sprache bedienen sollten.

## Abstriche in Preußen.

### Entscheidende Kabinettsitzung über preussische Notverordnung.

Am Freitag findet die entscheidende Sitzung des preussischen Staatsministeriums über die neue preussische Notverordnung statt. Mit der amtlichen Veröffentlichung der Notverordnung ist jedoch erst für Anfang nächster Woche zu rechnen. Diese preussische Sparverordnung mit ihren radikalen Entlassungen stellt den letztmöglichen Versuch dar, den preussischen Staatshaushalt auszugleichen. Von den radikalen Abstrichen habe man so gut wie keine Staatsopposition vernehmen können; infolgedessen habe man auch beim Kultushaushalt Einsparungen durchführen müssen, die jedoch durchaus nicht dazu berechnigt, den aufbauenden Kulturwillen des preussischen Staates in Frage zu stellen. Aus der Grundtendenz des neuen Staates heraus werde auch nach den Einsparungen die Pflege der Kultur und der Wissenschaften weiter ein leitendes Prinzip der preussischen Staatsregierung bleiben.

Die einzelnen Bestimmungen der preussischen Notverordnung können in der entscheidenden Kabinettsitzung eine Veränderung erfahren. Besonders steht noch nicht fest, ob Preußen die Schiffssteuer einführen wird. Wenn sich irgendeine Möglichkeit zeigt, die durch diese Steuer ermittelte Staatsentnahme von fast 100 Millionen Mark durch weitere Abstriche zum hereinzubringen, wird das Kabinett den Plan einer Schiffssteuer fallen lassen, um den Preisverfallungsplänen der Reichsregierung keinerlei Schwierigkeit zu bereiten. Hauptaufgabe der Staatsregierung bleibt aber, den Etat ausgeglichen vorzulegen, weil der Defizithaushalt des größten deutschen Staates gerade während der heftigen Verhandlungen und der sich anschließenden internen Besprechungen außenpolitisch ungünstig wirken würde.

Wie schwierig die Finanzsituation des Staates sei, ergibt sich nicht nur aus der Unmöglichkeit, zuverlässige Einnahmenschätzungen aus den Steuern zu machen, sondern auch daraus, daß die staatliche Betriebsverwaltung aus einem Ueberschuß zu einem Zuschußgebiet wird. Der Post-Etat, der aus den Holzverkäufen früher 50 Millionen Ueberschuß erbrachte und der im Haushalts für 1931 noch mit 30 Millionen Ueberschuß angelegt war, werde vermutlich bereits 1931 tatsächlich mit einem Fehlbetrag abschließen, da das Holz heute nicht abgesetzt werden kann.

Die Schließung der Staatstheater in Wiesbaden und Kassel, die einen Zuschuß von über zwei Millionen erforderten, wird bestätigt. Von den Berliner Staatstheatern wird zum mindesten das Schiller-Theater geschlossen. Universitäten werden voraussichtlich vorläufig nicht geschlossen werden, obgleich der Gedanke einer Schließung der Universität Greifswald aufgetaucht war. Dagegen ist mit der Schließung sämtlicher Kunstakademien mit Ausnahme der Düsseldorf und der Berliner zu rechnen. In einigen anderen Städten, vor allem in Königsberg, wird die Kunstakademie mit der Kunstgewerbeschule zusammengelöst.

## Der Bortumer hat Glück.

Benignus beim Reichsgericht.

Celzylg, 17. Dezember.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Münchmeyer hat beim Reichsgericht mit seiner Revision erwirkt, daß das gegen ihn vom Landgericht Briesg am 9. Januar d. J. ergangene Urteil aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht Breslau zurückverlesen worden ist. Münchmeyer war wegen einer am 21. Februar 1929 in Briesg gehaltenen Rede wegen öffentlicher Beleidigung des Reichsbanners und wegen Beschimpfung der Republik und der Reichsärzten zu drei Monaten Gefängnis und 300 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die Aufhebung des angefochtenen Urteils erfolgte in der Hauptsache wegen des prozessualen Verstoßes, daß trotz einschuldigen Begleitens des Angeklagten in Briesg gegen ihn verhandelt worden war. Dann aber schien dem Senat auch in sachlicher Hinsicht bezüglich der Beleidigung des Reichsbanners das Urteil insofern bedenklich, als hier die Richtlinien des Reichsgerichts über den Begriff der Kollektivbeleidigung verkannt worden seien, um so mehr, als die beleidigenden Äußerungen nicht gegen die beiden Strafantrag stellenden Führer des Reichsbanners, Hörsting in Ragdeburg und Steiner in Breslau, gerichtet gewesen seien.

Schweizer Bundespräsident für 1932 ist Dr. Motta, Vizepräsident Schultze. Motta ist gerade 60 Jahre alt, er stammt aus dem romanischen Tessin. Die fünf Bundesräte (Minister) wurden wiedergewählt.

Klepper



Die Deutschnationalen: „Nieder mit dem Finanzminister, er versteht sein Fach nicht!“

# Die Schießerei von Voitsberg.

Folge eines Anschlags auf einen Gendarm.

Staz, 17. Dezember. (Eigenbericht.)

Die blutigen Zusammenstöße im steirischen Voitsberg, bei denen eine sozialdemokratische Lehrerin und ein Kommunist getötet, ein Halentreuzler, ein Landbündler und die Frau eines Heimwehrmannes schwer verletzt worden sind, ereigneten sich nach einer sozialdemokratischen Versammlung und einer Versammlung der Halentreuzler. Vorher hatte die Polizei in einem unversperrten Raum des Rathauses angeblich 150 Handgranaten gefunden. Als die sozialdemokratische Versammlung beendet war, führten Landjäger einen jungen Mechaniker angeblich zu einem Verhör. Sie marschieren mit dem Mechaniker mitten durch die Menge. Die Folge waren stürmische Rufe. Als dann eine unbekannte Person auf einen Landjäger sprang, um ihm sein Gewehr zu entreißen, ging ein Schuß los. Die Landjäger eröffneten daraufhin das Feuer auf die Flüchtenden.

Der Heimwehrführer, Landesrat Reißner, verfügte nach dem Vorfall telefonisch, daß sich die Heimwehr dem Bezirkshauptmann zur polizeilichen Unterstützung zur Verfügung stelle. Das Gesuch wurde abgelehnt. Dabei konnte festgestellt werden, daß Reißner diese Anordnung zum Zweck der Stimmungsmache für die Angeklagten im Grazer Hochverratsprozeß traf. Der Bezirkshauptmann lehnte die „Unterstützung“ durch Heimwehr ab.

## Ein Kommunist soll angefangen haben.

Staz, 17. Dezember.

Die bisherigen Ermittlungen über die blutigen Zusammenstöße in Voitsberg in Steiermark haben ergeben, daß der Hilfsarbeiter Brezko aus Köflach den Schuß abgegeben hat, durch den ein Gendarm verletzt und eine Frau getötet wurde. Brezko gehört der kommunistischen Partei an.

## Der Landeschef verteidigt die Dutschkisten.

Staz, 17. Dezember (Eigenbericht.)

Im Hochverratsprozeß wurde Landeshauptmann Dr. Rintelen als letzter Zeuge vernommen. Rintelen erklärte, er habe, um Schuldvergehen zu vermeiden, mit Zustimmung der Regierung mit der Heimwehr verhandelt. Es sei ihm auch vom Bundeskanzler die Amnestierung der Heimwehr zugesprochen worden, wenn sie ihre Aktion einstelle. Auf Fragen der Verteidigung erklärte Rintelen, die Heimwehr hätte gegen staatliche Organe keine Gewalt gebraucht und hätte auch nicht in seinen Wirkungskreis eingegriffen. Die Heimwehr habe sich 1927 große Verdienste erworben, indem ihrem Druck der Eisenbahnerstreik hätte eingestellt werden müssen. Ueberhaupt verteidigte Rintelen fast in jedem Satz die Dutschkisten. Der Staatsanwalt stellte keine weitere Frage, was allgemein auffiel.

## Der Aufbau Innerrußlands.

Bericht der Regierung.

Moskau, 17. Dezember. (Sowjetagentur.)

Der Vorsitzende des Volkskommissariats Innerrußlands, Sulinoff, führte auf der Tagung des Allrussischen Zentral-ekonomikomitees folgende Zahlen über die vorläufigen Ergebnisse des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus Innerrußlands im Jahre 1931 an: Die Gesamtproduktion der Industrie überstieg die Produktion des Vorjahres um 25,3 Proz. Die Kontrollziffern sehen eine Zunahme der Gesamtproduktion im Jahre 1932 um 36,2 Proz. vor. Von 1927 bis 1931 wuchs die Ackerbaufläche um 10 Millionen Hektar. Der Anteil des sozialistischen Sektors in der Landwirtschaft (Kollektivbetriebe) erreichte 1932 82 Proz. gegen 66 Proz. im laufenden Jahr. Die Zahl der Lohnarbeiter ist 1931 gegenüber dem Vorjahr um 2.600.000 gestiegen, der Lohnfonds um 14 Milliarden Rubel, was eine Zunahme um 5 Milliarden bedeutet. Die Sozialfonds, die in dem Lohnfonds nicht enthalten sind, beziffert sich 1931 auf fünf Milliarden, d. h. eine Zunahme von fast 1 1/2 Milliarden Rubel. 1932 wird die Zahl der Lohnarbeiter 14 Millionen erreichen und der Lohnfonds auf 17 Milliarden Rubel, der Sozialfonds auf 8 Milliarden Rubel steigen. Elementarschulunterricht genossen im Frühjahr 1931 93,4 Proz. aller schulpflichtigen Kinder. Insgesamt wurden die Elementarschulen von 20 Millionen Kindern besucht gegen 7,8 Millionen im Jahre 1914. Die höheren Lehranstalten werden von über 350.000 Personen besucht.

## Bannstrahl gegen Liberalismus.

Im bevorstehenden Januar soll in Moskau die Konferenz der kommunistischen Partei zusammengetreten; sie ist um so wichtiger,

# Gaubere Anfläger.

Das Urteil ist am Freitagabend zu erwarten. Es gilt als sicher, daß die Geschworenen, die zum größten Teil Parteifreunde der Dutschkisten sind, die Angeklagten freisprechen werden. Die Heimwehr hat bereits für Freitagabend einen Fadelzug angeordnet. Schon vorher hatten die Zeugenbefragungen leitender Gendarmereiführer ergeben, daß die Landjäger offensichtlich mit den Dutschkisten patiiert hat. So erklärten sie, daß sie keinen Anlaß gehabt hätten, einzuschreiten, da sich die Heimwehr tadellos benommen habe. Der Staatsanwalt machte die Zeugen deshalb darauf aufmerksam, daß die Heimwehr die Polizei entwaffnet und in Arbeiterwohnungen hineingeschossen hat.

Einige sozialdemokratische Gemeindevorsteher, unter ihnen Abg. Horvath, schilderten, wie sie von der Heimwehr verhaftet wurden, und daß die Landjäger sich völlig passiv verhielt. Ein Eisenbahner berichtete, wie mit Maschinengewehren in seine Wohnung hineingeschossen wurde und zeigte Photographien, wie die Heimwehr gehandelt hat. Vertreter der Heimwehr erklärten, daß Primar gegen jede Gewalttätigkeit sei.

Die Bezirkshauptleute (Landräte) sagten aus, die Unterführer hätten ganz offen erklärt, daß die Diktatur ausgerufen sei.

## Bürgerliche Journalisten im Kreditanstaltsfeld.

Wien, 18. Dezember.

Einer Darlegung des Finanzministers Dr. Weidenhoffer im Finanzgremium ist zu entnehmen:

Die Kreditanstalt hat Schritte unternommen, um die ausgemachten Beträge im Sinne des Pressegesetzes zurückzufordern. Die Liste dieser Journale wird gegenwärtig von der Organisation der Wiener Presse geprüft. Rechtsanwalt Dr. Kautzen als Treuhänder dieser 200.000 Schilling erklärt, er sei nicht in der Lage, Aufschlüsse zu geben; doch konnte der Minister selbst mitteilen, daß von den 200.000 S jetzt noch 190.000 im Kreditinstitut für öffentliche Arbeiten hinterlegt seien. Weitere 40.000 S seien wieder zurückgefordert, so daß noch die Verwendung von 110.000 S aufzuklären sei. Diese 110.000 S wurden dem amtlichen Bundespreßdienst übergeben, der sie für Ausgaben aller Art verwendete, so für die Verbreitung von 4-5000 Artikeln während sechs Monaten usw. Begleichungen privater Organisationen, privater Agenturen oder einzelner Zeitungen wurden gar nicht in Aussicht genommen, sondern es wurde lediglich der amtliche Apparat als solcher mit etwas verstärkten Mitteln in Anspruch genommen. Im ganzen wurden 88.450 S ausgegeben, 21.550 sind noch vorhanden. Der Ausschuss hat auf Antrag der Reichsparteien die Regierung aufgefordert, die Protokolle des Ausschusses zur Einleitung der strafgerichtlichen Verfolgung wegen Bestechung der Staatsanwaltschaft zu übergeben.

weil der eigentliche Parteitag im nächsten Jahr verschoben werden soll. Nebenfalls gab der Moskauer Rundfunk sehr deutliche Andeutungen darüber. Demnach soll diese Konferenz wieder Säuberungsaktionen in der Partei durchführen. Der Rundfunkprediger sagte u. a., daß sich die seit einiger Zeit schon verstreute Rechtsopposition wieder gesammelt habe und vor allen Dingen auf dem Lande unter den Bauern eine neue Tätigkeit entfalte. Die Rechtsopposition habe ein neues Programm zusammengestellt und nenne sich jetzt „Liberaler Richtung“. Man habe ein besonders Bauernprogramm aufgestellt und verlange in Geheimversammlungen ein weniger hartes Regime gegen die Bauern. Im Radio sagt man, daß mit aller Schärfe gegen diese neueste Form der Opposition gekämpft werde, um so mehr, als das Programm der „Liberalen“ sich sehr wenig von dem der Sozialdemokratie unterscheide. Über auch die Trotzkisten sollen sich in vielen Wertvernehmungen bemerkbar machen. Der Parteitag kündigte zu der Tagung der Parteikonferenz neue Verfolgung der Opposition und Ausschüsse der Partei an. Besonders die ukrainische Sektion werde zu tun bekommen, da die Oppositionellen in diesem Lande besonders stark arbeiten.

Keine Einstellung der englischen Flottenbasen. Die Meldung des „Daily Herald“, daß die englische Regierung die Einstellung des gesamten Flottenbauprogramms plane, wird in unterrichteten Londoner Kreisen als heftig Unfug bezeichnet. Es wird erklärt, daß die Abrüstungsfrage zweifellos einem Unerwarteten des Kabinetts übertragen werde, daß aber bisher ein Plan noch nicht entworfen sei. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde vor Neujahr keine wichtige Entscheidung fallen.

Dritte englische Notverordnung. Am Donnerstagabend wurde die dritte Notverordnung auf Grund des Dumpingabmehrgesetzes herausgegeben, die eine Reihe weiterer Waren, darunter verschiedener Textilartikel, mit einem Zoll von 50 Proz. belegt.







# Schicksal von Kumpel und Kohle.

## Bergbau und Bergarbeiter unter der Notverordnung.

Der Schlichter hat jetzt den Bergarbeitern an der Ruhr 10 Proz. Lohnsenkung aufzwingen müssen. Für die finanzielle Beteiligung der Schwerindustrie ist freilich noch nicht der erste Schritt getan. (Siehe auch Gewerkschaftsteil.)

Der deutsche Kohlenbergbau steht seit Anfang 1930 unter dem schärfsten Krisendruck. Die in der vierten Notverordnung vorgesehenen und tief eingreifenden Maßnahmen gestalten auch nicht zu glauben, daß sich durch sie die Lage bald zum Besseren wenden könnte. Der Beschäftigungsgrad ist seit ein- und zwei Jahren von Monat zu Monat schlechter geworden.

### Die Arbeitslosen.

Im Januar 1930 zählte die Belegschaft des deutschen Steinkohlenbergbaus ohne Nebenbetriebe 503 400 Arbeiter und im Oktober 1931 nur noch 319 000. Die Zahl der im Braunkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter sank in derselben Zeit von 89 739 auf 74 456. In ein- und zwei Jahren wurden sonach 184 400 Steinkohlenbergarbeiter und 15 283 Arbeiter des Braunkohlenbergbaus entlassen. Am stärksten sank die Belegschaft im Ruhrbergbau. Sie zählte 391 600 Mann im Jahre 1913, 361 860 im Januar 1930 und nur noch 213 770 im Oktober 1931. Damit ist die Belegschaft des Ruhrbergbaus unter den Stand von 1900 herabgesunken. Er beschäftigte damals 220 000 Arbeiter.

### Die Feiertage.

Zum Belegschaftsabbau gestellten sich Feiertage, um die Produktion dem Absatz anzugleichen. Von Januar 1930 bis einschließlich Oktober 1931 wurden im Ruhrbergbau 17 674 745 Feiertage eingelegt. In Oberschlesien beliefen sie sich in derselben Zeit auf 2 291 661. Der dadurch entstandene gesamte Lohnausfall für die noch in Beschäftigung gebliebenen Arbeiter der beiden Bezirke beträgt ungefähr 170 Millionen Mark! Auf den einzelnen Arbeiter des Ruhrbergbaus kamen 1930 = 29 Feiertage mit einem Jahreslohnausfall von 260 Mark, und in den ersten 10 Monaten des Jahres 1931 = 31 Feiertage mit einem Lohnausfall von 258 Mark. Das Jahreseinkommen des Ruhrbergmannes wurde 1930 durch die Feiertage im Durchschnitt um 10 Proz. und in den ersten 10 Monaten von 1931 um 12 Proz. herabgedrückt! Bei einzelnen Belegschaften betrug der Lohnausfall durch Feiertage bis 15 Proz. und oft auch noch mehr. In den anderen Kohlenbezirken wurden ebenfalls Feiertage eingelegt; ihre Zahlen sind nicht bekannt.

### Der Lohn.

Sodann wurde in allen Steinkohlenbezirken der Lohn im Laufe des letzten Jahres wiederholt herabgesetzt; im Ruhrbergbau beispielsweise ab 1. Januar 1931 um 6 Proz. Der Barverdienst in der Schicht sank dadurch von 8,99 Mark auf 8,44 Mark. Am 1. Oktober 1931 trat in demselben Bezirk eine weitere Lohnsenkung von 7 Proz. ein, wodurch der Bruttolohn auf 7,80 Mark zurückging. Entlassungen, Feiertage und Lohnabbau: Opfer unerhört!

Die Produktion ist abhängig vom Verbrauch. Dieser ist in Deutschland unter dem Druck der Krise stark gesunken. Rechnet man die bergbaulichen Brennstoffe nach dem Heizwert auf die Einheit Steinkohle um, dann ergibt sich folgender Kohlenverbrauch im Monatsdurchschnitt 1929: 14,010 Millionen Tonnen, 1930: 11,225 Millionen Tonnen und im ersten Halbjahr 1931: 10,132 Millionen Tonnen.

Im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres 1931 war der Kohlenverbrauch um 27,5 Proz. geringer als im Monatsdurchschnitt des Jahres 1929.

Gegen das Ausland steht der Steinkohlenbergbau im schärfsten Konkurrenzkampf. Zuerst war es Polen, das infolge niedrigerer Gesehungskosten mit Dumpingpreisen auf dem Weltmarkt erschien. Seit 20. September 1931 hat sich England dazugesellt. Seine Währung hat seitdem 30 Proz. ihres Wertes verloren, und eine Preisoberhöhung entsprechend dieser Wertminderung ist nicht eingetreten, so daß sich seine Wettbewerbsfähigkeit nicht nur auf dem internationalen, sondern auch auf dem deutschen Kohlenmarkt sehr erhöht hat. Frankreich schlägt seinen Bergbau gegen diese aus dem Verfall der englischen Währung geborene Konkurrenz mit einem Valutakontingentsoll von 15 Proz.

Kohlensätze und Einfuhrerschwerung sind im allgemeinen abzulehnende Maßnahmen, aber in diesem Falle können gewisse handelspolitische Maßnahmen unermidlich erscheinen, zumal den Importeuren englischer Kohle die Möglichkeit gegeben ist, großen Nutzen aus diesem Geschäft zu erzielen. Welche Wirkung

### das englische Valutadumping

für den deutschen Bergbau zeitigt, ist aus der Höhe der Umlage des Ruhrkohlenindex ersichtlich, die im November 3,72 Mark pro Tonne Absatz für Verkaufsbeteiligung und 1,73 Mark für den Absatz auf Verbrauchsbeteiligung betrug. Diese Umlage

wird zu 93 bis 94 Proz. verwandt, um die Verlustkäufe im bestrittenen Gebiet des In- und Auslandes zu decken. Gemaltige Beträge, oft monatlich bis zu 20 Millionen Mark werden für diese Zwecke benötigt. Gewiß kann das als wirtschaftlicher Wohlsinn bezeichnet werden, aber wenn der Beschäftigungsgrad im deutschen Kohlenbergbau nicht noch weiter herabgedrückt werden soll, wenn nicht noch mehr Bergarbeiter entlassen und noch mehr Feiertage eingelegt werden sollen, dann sind diese Opfer verständlich. Die internationale Kohlenverständigung ist durch die Entwicklung der letzten Monate in weite Ferne gerückt. Das ist beklagenswert, aber es wäre sinnlos, Tatzachen nicht sehen zu wollen.

### Die Notverordnung.

Die Reichsregierung hat nun in der letzten Notverordnung Maßnahmen vorgelesen, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Brennstoffe im In- und Ausland erhöhen sollen. Zu diesem Zweck sollten die Frachtsätze für Kohletransporte herabgesetzt werden, was jetzt geschieht ist. Ferner sollten die Gesehungskosten des Bergbaues weiter gesenkt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Reichsregierung leider neue Not für die Bergarbeiter angeordnet und der Schlichter hat schon gesprochen.

Die Notverordnung bestimmte, daß der Lohn der Steinkohlenbergarbeiter ab 1. Januar 1932 um 10 Proz. und der der Braunkohlenbergarbeiter um 15 Proz. herabgesetzt werden soll. Der Lohn der Ruhrbergarbeiter sinkt damit im Durchschnitt auf 7 Mark und der der ober-schlesischen Bergarbeiter auf 5,50 Mark. Im ostelbischen Braunkohlenbergbau dürfte der Lohn nach vollzogener Kürzung 5,80 Mark und im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau 5,95 Mark betragen. Zu beachten ist, daß es sich bei diesen Lohnsätzen um Bruttolöhne handelt, wozu noch die sozialen Versicherungsbeiträge bis zur Höhe von 14,5 Proz. in Abzug gebracht werden! Wie die Bergarbeiter dann, wenn sie noch mit diesen Feiertagen bedacht werden, leben sollen, ist unfaßbar.

Ferner ist in der Notverordnung bestimmt, daß die vom Reichskohlenverband zuletzt veröffentlichten Preise der Steinkohlen- und Braunkohlenindize mit Wirkung vom 1. Januar 1932 um 10 Proz. gesenkt werden müssen. Die Opfer dafür bringen in der Hauptsache die Bergarbeiter. Ob diese allgemeine Preisentwertung zu einer Belebung des Absatzes und damit zu einer Steigerung des Beschäftigungsgrades führen wird, ist abzuwarten. Die Kohle ist zwar ein bedeutungsvoller Rohstoff für das industrielle Leben, aber sie wird nur dann gekauft, wenn sie dringend gebraucht wird. Angesichts der schlechten Lage, besonders im Steinkohlenbergbau, muß für den Verbrauch deutscher Kohle unbedingt Sorge getragen werden, um den Beschäftigungsgrad der Bergarbeiter, die sich in größter Not befinden, zu heben. Dieser Appell sollte, nachdem eine nicht unwesentliche Senkung der deutschen Inlandskohlenpreise in Aussicht steht, gehört werden. H. Löffler.

# Wirtschaftslage bleibt schlecht.

## Bericht des Konjunkturinstituts. — Die Ausgangslage der Notverordnung.

Das Konjunkturinstitut hat seinen dritten Vierteljahresbericht für 1931 veröffentlicht, der für Mitte Dezember die internationale und die deutsche Wirtschaftsentwicklung zu umreißen versucht. Im allgemeinen wird die Lage gekennzeichnet, wie sie unmittelbar vor Erlass der volkswirtschaftlich so schwerwiegenden Notverordnung vom 8. Dezember gegeben war. Zur Notverordnung wird noch nicht Stellung genommen.

### Die Weltkonjunktur Mitte Dezember 1931.

Die schwere internationale Kredit- und Währungskrise dauert an. Produktion und Umsätze schrumpfen weiter. In den überwiegend industriellen Volkswirtschaften hat sich der Rückgang, der sich im ersten Halbjahr verlangsamt hatte, wieder verschärft. Schwache Ansätze zu einer Belebung zeigen sich — als Rückwirkung der Valutadumping — nur in Großbritannien.

Infolge der Scheu vor neuen Investitionen beschränkt sich die Produktionsgüterherstellung mehr und mehr darauf, den Verschleiß des Produktionsapparats zu ersetzen, und selbst hierin halten sich die Unternehmungen zurück. Weniger stark sind dagegen die Produktionsrückgänge in den teilweise durch Flucht in die Sachwerte begünstigten Verbrauchsgüterindustrien.

Die Agrarmärkte stehen nach einer vorübergehenden Hausse erneut im Zeichen der Baisse. Trotz gewisser Entlastungen auf der Angebotsseite einiger Märkte fehlen für eine Preisstabilität die Vorbedingungen auf der Nachfrageseite, solange die Kreditmärkte erstickt sind und die Massenkaufkraft in allen Volkswirtschaften weiterschrumpft.

Der „Kapitalstapel“ mißtauschter Sparvermögen verstärkt den Deflationsdruck (hauptsächlich neue Preisentwertung und Kreditverknüpfung). Die protektionistische Krisenreaktion in den einzelnen Ländern schärft die Welt handelsbeziehungen mehr und mehr ab. Eine konjunkturelle Konsolidierung (Festigung) ist in der Weltwirtschaft somit noch nicht erkennbar. Eine günstige Entwicklung im Jahre 1932 wird wohl hauptsächlich davon abhängen, ob es bald gelingt, auf dem Wege der internationalen Kooperation die gegenwärtig eingeschrittenen Kreditkrisen langfristig zu fundieren und die Systemwidrigkeiten der internationalen Kreditverflechtung, insbesondere die politische Verwickelung, zu beseitigen.

### Die Konjunktur in Deutschland Mitte Dezember 1931.

In Deutschland hat sich die Lage erneut zuge-spigelt. Produktion und Absatz sind anhaltend abwärts gerichtet. Die Arbeitslosigkeit steigt — auch konjunkturell — beschleunigt an. Die Zerrüttung der Kreditmärkte hat eher noch zugenommen. Auftragsrückgang und Rohstoffdispositionen, Symptome von Produktionsplanungen und -vorbereitungen, verhärten im Rückgang.

In besonderer Weise wird die Lage Deutschlands durch die zunehmende Abschließung wichtiger Länder vom Weltmarkt durch Währungsverfall, Devisenreglementierungen, Zoll-erhöhungen, Einfuhrkontingentierungen und andere den Warenver-

kehr hemmende Maßnahmen erschwert. Die Rückwirkungen hieraus für Deutschland sind um so schwerwiegender, als Deutschland nur durch Ausfuhrsteigerung den Devisensaldo (Devisenüberschuß) erhalten kann, dessen es zur Befriedigung seiner ausländischen Zahlungsbilanz bedarf.

Die Notverordnung vom 8. Dezember mit ihren scharfen Eingriffen in das Kosten- und Preisgefüge der deutschen Wirtschaft konjunkturell wirken wie, läßt sich wohl noch kaum übersehen; viel wird darauf ankommen, wie durch die neue Regelung das Verhältnis der Einnahmen und Ausgaben bei den einzelnen Wirtschaftszweigen und bei der öffentlichen Hand beeinflusst wird.

### Der Rückgang des deutschen Arbeitseinkommens.

Die Feststellungen des Konjunkturforschungsinstituts unterstreichen die Befürchtungen, die wir gegen die neue Notverordnung vorgebracht haben. Man hat sich wirtschaftspolitisch mit der neuen Kürzung der Kaufkraft auf ein Experiment eingelassen, das sich ungünstig auswirken muß, weil es eben gegen die Grundtatsachen der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Situation verstößt, die es notwendig machen, die bedrohte Exportfähigkeit durch stärkere Pflege des Binnenmarktes zu stützen.

Wie sehr die deutsche Wirtschaftspolitik den Binnenmarkt pflegen müßte, beweist die Feststellung des Konjunkturforschungsinstituts, daß das Arbeitseinkommen allein seit 1929 um ein Fünftel bis ein Viertel gesunken ist. Das Institut versucht, alle Faktoren, die zum Rückgang des Arbeitseinkommens geführt haben, zu einer Schätzung zusammenzufassen und kommt zu dem Ergebnis, daß das gesamte Arbeitseinkommen, also das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten zusammen, im dritten Vierteljahr 1931 um etwa 1,75 Millionen Mark geringer war als im dritten Vierteljahr 1930. Für diese 1,75 Millionen Mark kann die deutsche Wirtschaft weniger produzieren als im Vorjahr. Für das erste Halbjahr 1931 ergibt die Rechnung einen Rückgang von annähernd 3 Milliarden Mark. Die Entwicklung im vierten Vierteljahr ist noch nicht ganz zu übersehen. Setzt man aber hierfür den gleichen Betrag wie für das dritte Vierteljahr ein, so wäre das Arbeitseinkommen im ganzen Jahr 1931 um reichlich 6 Milliarden Mark niedriger als im Vorjahr zu veranschlagen. Damit wäre das Arbeitseinkommen seit seinem Höhepunkt im Jahre 1929 um etwa 9 bis 10 Milliarden Mark oder ein Fünftel bis ein Viertel zurückgegangen, nämlich von 43 Milliarden auf rund 33 bis 34 Milliarden Mark.

Das Volkseinkommen war im ganzen für das Jahr 1929 auf 76 Milliarden Mark geschätzt worden. Für das Jahr 1930 kann man immerhin noch mit einem Volkseinkommen von 68 bis 70 Milliarden rechnen. Das Volkseinkommen des Jahres 1931 wird man dagegen nur mit einem Betrag veranschlagen dürfen, der zwischen 50 und 60 Milliarden liegt.

Auf den weiteren Inhalt des Konjunkturberichts kommen wir noch zurück.

**KNABEN UND BACKFISCHE**

wollen Schuhe, die schick sind und tadellos sitzen, aber doch dem Fuß Freiheit lassen und viel aushalten. Deshalb macht SALAMANDER jetzt auch Knaben- und Backfischschuhe...

**SALAMANDER**

MARKENMARKE 12 50



# Ziffern über die Zinsenkung.

Berechnungen des Konjunkturinstituts.

Im letzten Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung wird eine Schätzung der Beträge versucht, um die es sich bei der Auswirkung der durch die Ratverordnung festgesetzten Zinsenkung handelt.

Der Gesamtumlauf an Schuldverschreibungen betrug zu Beginn des Jahres rund 30½ Milliarden. Hieron sind 8,30 Milliarden Auslandsanleihen, die von der Zinskontroverse ausgenommen sind, obwohl sie mit mehr als der Hälfte zu über 6 Proz. verzinst sind. Von den Inlandschuldverschreibungen sind rund 9,9 Milliarden mit weniger als 6 Proz. Jahreszinsen ausgestattet, so daß also von der Zinsherabsetzung Schuldverschreibungen im Nominalbetrag von rund 12,3 Milliarden betroffen werden. Dieser Betrag erhöht sich aber um rund 7,8 Milliarden Aufwertungsanleihen, die vom 1. Januar 1932 an meist mit mehr als 6 Proz. zu verzinsen gewesen wären.

Das Institut schätzt den jährlichen Zinsaufwand nach dem alten und neuen Stande folgendermaßen: Bei den festverzinslichen Schuldverschreibungen steht einem Sollbetrag von jährlich 1225 Millionen jetzt als tatsächlicher Zinsbetrag die Summe von 980 Millionen gegenüber, so daß die Senkung rund 20 Proz. beträgt. Bei Pfandbriefen ist der theoretische Zinsbetrag 615 Millionen, der tatsächliche nach der Zinsenkung 480 Millionen, so daß sich eine Abwertung von 22 Proz. ergibt. Bei den Kommunalobligationen stehen 135 Millionen alten Zinsen jetzt nur 100 Millionen gegenüber, was einer Zinsenkung von 26 Proz. entspricht. Bei den Zinsersparnissen aus Hypotheken, die nicht durch Pfandbriefverkäufe finanziert wurden, handelt es sich um Kapitalbeträge von nahezu 22 Milliarden Mark und um eine Zinsentlastung von rund 260 Millionen Mark.

Für die einzelnen Wirtschaftszweige dürfte die Zinsentlastung sich etwa folgendermaßen auswirken: Von der Gesamtschuldverschuldung des Wohnungsbau, die zur Zeit rund 18 Milliarden beträgt, werden nur 8,7 Milliarden von der Zinsenkung betroffen, die eine Zinsentlastung von etwa 120 Millionen ausmachen dürfte. Das sind rund 14 Proz. der bisherigen Gesamtzinslast von rund 870 Millionen Mark. Die jährliche Zinslast für Neubauten ermäßigt sich durch die Ratverordnung von über 900 Millionen auf etwa 730 Millionen. Die Zinsentlastung beträgt somit gegenüber den Summen, mit denen bisher für die Zeit nach dem 1. Januar 1932 zu rechnen war, etwa 175 Millionen (hinzü kommt ab 1. April 1932 die Ersparnis aus der Senkung der Hauszinssteuer um 20 Proz. des Steuerfalls).

Die Gesamtschuldverschuldung der Landwirtschaft beträgt etwa 12 Milliarden. Davon entfallen rund 7,5 Milliarden auf langfristige Schulden. Die Zinsaufwendungen für diese Kredite, die ab 1. Januar 1932 ohne die Bestimmungen der Ratverordnung 540 Millionen betragen müßten, dürften nunmehr auf etwa 440 Millionen gesenkt werden.

Die Industrieobligationen und verwandten Schuldverschreibungen erforderten am 31. Dezember 1930 einen jährlichen Zinsaufwand von 307 Millionen. Hieron entfiel jedoch der überwiegende Teil, nämlich 225 Millionen, auf Auslandsanleihen und nur 82 Millionen auf Inlandsanleihen. Es ergibt sich also für die Verzinsung der Industrieobligationen eine verhältnismäßig geringere Entlastung.

## Zahlungsschwierigkeiten der Hannomag

In der Ausschichtsprüfung der hannoverschen Holzleubau A.-G. (Hannomag) wurde der Beschluß gefaßt, die Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens zu beantragen. Im ersten Halbjahr waren Beschäftigung und Ergebnisse noch einigermaßen befriedigend. Nach den Juli- und Augustzahlen trat eine Abwärtstendenz auf kaum ein Drittel ein. Die notwendige und erhoffte Herabsetzung der Löhne wurde aber dadurch wünschlich gemacht, was eine starke Geldverknappung zur Folge hatte.

## Die Reichsbank am 15. Dezember.

Relativ geringe Gold- und Devisenverluste.

Der Reichsbankausweis zum 15. Dezember zeigt ein normales Bild. Das Weihnachtsgeschäft hat sich in der Beanspruchung der Reichsbank verhältnismäßig wenig ausgewirkt. Die Wechselbestände haben mit einem Rückgang um 112,4 auf 3769,0 Millionen relativ stark abgenommen, die Lombarddarlehen sind mit einer Steigerung um 31,3 auf 222 Millionen nicht besonders stark erhöht. Zu beachten ist freilich der sehr hochgebliebene Stand der Lombarddarlehen. Reichschatzwechselbestände sind mit 23,2 Millionen nur wenig erhöht. Die unverzinslichen Girogelder sind um 18,2 auf 434,1 Millionen vermehrt.

Der Rotenumlauf hat sich um 53,4 auf 4538,1 Millionen verringert. Bei den Gold- und Devisenbeständen zeigt sich die zur Monatsmitte, wo ausländische Fälligkeiten finanziert werden müssen, jetzt schon gewohnte Verringerung, sie ist nicht groß. Die Goldbestände nahmen um 2,9 auf 1002,2, die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 12,1 auf 158,4 Millionen ab. Die Notenbedeckung ist mit 25,6 Proz. gegenüber der Vormoche unverändert.

# Zwischen zwei Wirtschaftssystemen

AW-Bund ruft zum Kampf.

Wenn es für die Ehrlichkeit, mit der die Gewerkschaften den Kampf gegen die Massennot führen, noch eines Beweises bedürft hätte — ihre unermüdete, scharfe und positive Kritik, mit der sie einen Weg durch die auf das Volk niedergegangene Notverordnungslawine zu bahnen suchen, hat diesen Beweis erbracht. Auch der AW-Bundesausschuß, der gestern seine Stellungnahme zur Notverordnung abgeschlossen hat, ist weit davon entfernt, nun etwa nur zu lamentieren oder zu schimpfen. Solch billiges Vergnügen überläßt er den verlogenen Maulhelden vom Hakenkreuz und Sowjetstern.

Ueber die wirtschaftlichen, finanzpolitischen und arbeitsrechtlichen Vorschriften der Notverordnung berichtete Dr. Suhr. Einleitend beleuchtete er das Ergebnis der Arbeit des Wirtschaftsrats und begründete die ablehnende Haltung des AW-Bundes.

Dr. Croner beleuchtete den sozialversicherungsrechtlichen Teil der Notverordnung, vor allem die Eingriffe in die Unfallversicherung.

Der Bundesvorsitzende Kuffhäuser ergänzte die Berichte durch eine Darlegung über die mit der Notverordnung geschaffene politische Lage. Der AW-Bund müsse sich

mit aller Entschiedenheit gegen diese Notverordnung

wenden. Die Verantwortung für die zu ziehenden politischen Konsequenzen könne von den Gewerkschaften den politischen Parteien nicht abgenommen werden. Der AW-Bund finde in dieser Notverordnung eine Bestätigung für seinen auf dem AW-Kongress in Leipzig festgelegten Standpunkt, wonach Wirtschaft und Gesellschaft sich zur Zeit in einem Stadium zwischen Kapitalismus und Sozialismus befinden. Es gelte deshalb, alle gewerkschaftliche Kraft zu entfalten, um einen Umbau der heutigen Wirtschaftsverfassung beschleunigt herbeizuführen. Um diese schwere Aufgabe komme man nicht herum.

Kuffhäuser fand in der Aussprache starken Anklang. Im

übrigen gaben die Verbandsvertreter interessante Einblicke über die Auswirkung der Notverordnung auf die verschiedenen Gruppen der Angestelltenchaft, so vor allem auf die Bühnen- und die Behördenangestellten.

Die Kerngedanken der Stellungnahme des AW-Bundes zur Notverordnung fanden in einer vom Ausschuß angenommenen Entschließung im wesentlichen folgenden Ausdruck:

Die Notverordnung ist ein mißglückter Versuch der Reichsregierung zur Schaffung eines Winterprogramms.

Sie entspricht weder den Mindestforderungen sozialer Gerechtigkeit, noch ist sie geeignet, eine Entspannung der Wirtschaftskrise herbeizuführen. Sie ist von Halbheiten und inneren Widersprüchen erfüllt; sie pendelt zwischen zwei Wirtschaftssystemen hin und her. Sie kann keine Milderung der wachsenden Not der Angestellten bringen, droht vielmehr, durch die weitere Schrumpfung des Inlandsmarktes zur Zuspitzung der wirtschaftlichen und damit auch politischen Lage zu führen. Der AW-Bundesausschuß erhebt deshalb gegen die vierte Notverordnung entschiedenen Einspruch. Er verweist die Angestellten erneut auf die vom 4. AW-Gewerkschaftskongress gewiesenen Wege, um kraftvoll und beschleunigt den erforderlichen Umbau des heutigen verfallenden Wirtschaftssystems herbeizuführen.

Dieser Kampf ist nicht zu trennen von dem aktiven Widerstand gegen Faschismus und Sozialreaktion. Die freien Gewerkschaften sind entschlossen, den entscheidenden Kampf zwischen den republikanischen Kräften der Angestellten, Beamten und Arbeiter und dem anstürmenden Faschismus aufzunehmen. Der Bundesausschuß ruft die Angestelltenchaft auf, sich als wichtiger Faktor in diesen Kämpfen um das Banner der freien Gewerkschaften zu sammeln. Nur eine breite Gewerkschaftsfront verbürgt die erfolgreiche Abwehr des Faschismus und den Aufstieg der Angestellten zu einer besseren Zukunft.

## Bestrafte Leistungssteigerung.

Die Notverordnung gegen die Bergarbeiter.

Die Bergarbeiter sind heute schon unter dem Lohnstand von Anfang 1927. Nun werden sie nochmals von einem zehnprozentigen Lohnabbau betroffen. Die in der Notverordnung allgemein vorgegebene Schutzgrenze, wonach die Löhne und Gehälter von Anfang 1927 durch den neuen Abbau nicht unterschritten werden dürfen, soll also nicht für die Bergarbeiter gelten. Was diese Ausnahmebehandlung praktisch bedeutet, zeigt folgende Zuschrift aus Bergarbeiterkreisen:

Nach den Bestimmungen der Notverordnung würden die Reparaturlohnprozenten pro Schicht ab Januar im Ruhrrevier einschließlich der Sozialbeiträge 6,70 M. und ohne Sozialbeiträge (12 Proz. Abzug) 5,90 M. betragen. Für Wochen würden die entsprechenden Ziffern lauten 3,67 und 4,99, für Oberschlesien 6,23 und 5,48, für Niederschlesien 4,80 und 4,22, für Sachsen 6,10 und 5,37, für Sächsischen 4,81 und 4,23, für Bayern (Pechelohle) 4,32 und 3,98.

Das vorstehende Bild entsteht, wenn man von dem Reparaturlohn, dem höchsten Schichtlohn der Untertagearbeiter, ausgeht. Da die Uebertagearbeiter aber noch weniger verdienen und heute etwa 15 Proz. ihres Lohnes als Sozialbeiträge abführen müssen, so verlohnt es sich, auch auf die Löhne dieser Kategorie einen Blick zu werfen. Sogt man dabei die Tariffähigkeit für Hilfsarbeiter zugrunde, dann ergibt sich nach der Notverordnung für das Ruhrrevier ein Hilfsarbeiterlohn (Uebertage) einschließlich Sozialbeiträge von 5,30 M. und ohne Sozialbeiträge (15 Proz. Abzug) 4,50 M. Für Wochen lauten die entsprechenden Ziffern 4,59 und 3,90, für Oberschlesien 4,80 und 4,08, für Niederschlesien 4,18 und 3,55, für Sachsen 4,28 und 3,64, für Sächsischen 4,50 und 3,90, für Bayern (Pechelohle) 4,12 und 3,50! Für einen ganzen Tag schwerer Arbeit!

Um das Bild zu vervollständigen, muß man der Lohnentwicklung die Steigerung der Leistungsergebnisse gegenüberstellen. Während die Bergarbeiterlöhne unter ein Ausnahmemaß gestellt und weit unter den Stand von 1927 herabgedrückt worden, wurde in der gleichen Zeit der Schichtförderanteil im Steinkohlenbergbau gesteigert. Im Ruhrrevier betrug der Förderanteil in Kilogramm im Monatsdurchschnitt 1927: 1132 und im September 1931: 1531; für Wochen lauten die entsprechenden Ziffern 847 und 1076, für Oberschlesien 1341 und 1634, für Niederschlesien 784 und 892, für Sachsen 634 und 717.

Erst gewaltig gesteigener Leistung ungeheurer Lohndruck. Dieses Unrecht muß seine Leistungsfähigkeit aufs schwerste beeinträchtigen.

## 10 oder 15 Prozent?

Maßgebend ist der Zeitpunkt der Lohnsenkung.

Der Streit über die Neu Festsetzung der Löhne der Arbeiter in den Berliner Wein- und Bierfabriken, über den wir am Donnerstag berichteten, ist bereits gestern durch den Schlichter beigelegt worden.

Die Unternehmer hatten sich bekanntlich auf den Standpunkt gestellt, daß für die Arbeiter in ihren Betrieben auf Grund der Notverordnung eine 15prozentige Lohnsenkung eintreten müsse, weil die letzte Lohnsenkung, die am 25. September dieses Jahres vorgenommen wurde, bereits in einem verbindlich erklärten Schiedsspruch vom 9. April dieses Jahres, also vor dem 1. Juli, festgelegt worden ist. Die Gewerkschaftsvertreter dagegen erklärten, daß nach dem eindeutigen Wortlaut der Notverordnung nicht der Tag der Vereinbarung des Lohnabbaues, sondern der Tag des Inkrafttretens des vereinbarten Lohnabbaues für die Höhe der jetzigen Lohnsenkung ausschlaggebend sei.

Dieser Auffassung ist gestern auch der Schlichter für Berlin-Brandenburg folgetreten. In seiner Begründung für die Bemessung des Lohnabbaues auf nur 10 Proz. führt der Schlichter folgendes aus: „Die Arbeitgeberseite ist der Auffassung, daß ein Lohnabbau von 15 Proz. vorgenommen werden müsse. Für diese Auffassung stützt sie sich auf die Tatsache, daß durch einen verbindlich erklärten Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin vom 9. April 1931 ab 10. April 1931 eine Minderung der früheren Lohnsätze um 4 Proz. und ab 25. September 1931 um weitere 2 Proz. erfolgt sei. Es liege also ein Staffeltarif vor, der eine Lohnminderung vor dem 1. Juli 1931 hat wirksam werden lassen.“

Die Auffassung der Arbeitgeberseite ist irrig. Nur dann würde eine Minderung der Lohnsätze um 15 Proz. Platz greifen, wenn der Lohn seit dem 1. Juli 1931 nicht tarifvertraglich herabgesetzt worden ist. Hier liegt, und zwar ab 25. September 1931, eine tarifvertragliche Herabsetzung der Lohnsätze vor. Es ist gleichgültig, wann diese Herabsetzung vereinbart worden ist. Demgemäß konnte nur eine Minderung der Lohnsätze um 10 Proz. erfolgen.“

## Allesbesserwischer und Nichtstönner.

Die SPD. schimpft — und drückt sich.

„SPD.-Bissell besteht 10 bis 15 Prozent Lohnabbau für Metallarbeiter.“ Also war gestern zu lesen über der ganzen Breite der „Roten Fahne“. In der gleichen Aufmachung verkündet die „Welt am Abend“: „SPD.-Bissell fürzt Berliner Metallarbeiter



# Kaiser's Fest-Kaffee

IN GESCHENKBEUTELN

Ausgewählte Mischungen In ¼ Pfd. Geschenkboxen **3.60** Für den Haushalt d. Pfd. von **2.40** bis **4.00** d. Pfund in ½ Pfd. Geschenkboxen **1.80** **1.76** **1.84** **1.96** **2.16**

**Kaiser's Tee** Verschiedene Geschmacksrichtungen auch in Geschenkboxen zu 250 gr **3.50** zu 200 gr **2.80**

**KAKAO · SCHOKOLADEN · PRALINEN · KEKSE**

**WEIHNACHTS-ARTIKEL**  
MARZIPAN U. SCHOKOLADEN-FIGUREN  
BAUMBHANG U. GEBÄCK VON AUSGEZ. QUALITÄT, EIGENER HERSTELLUNG

5% ZUCKER RABATT IN MARKEN

**FÜR DEN FESTKUCHEN**  
AUSZUGMEHLE SULTANINEN  
KORINTHEN MANDELN CITRONAT  
NÜSSE VANILLE GEWÜRZE

Die Ausgabe unserer Weihnachtsgeschenke bei Einlösung von Weihnachts-Sparbüchern hat begonnen.

## Kaiser's Kaffee-Geschäft

ÜBER 1500 FILIALEN



Ivan Heilbut:

# „Wat der kann, kannste ooch!“

## Berliner Straßenbilder von heute

Eine neue Gründerzeit ist angebrochen. In allen Stadteilen Berlins schieben am Straßenrande die Unternehmungen aus der Erde. Was macht einen Menschen zum Unternehmer? Chemois war es Kapitalüberfluß; heute ist's Stellunglosigkeit. Eine Zeitung wird sie ertragen, dann, eines Tages, steht der Entschluß fest, nicht länger darauf warten zu wollen, daß irgendwem und irgendwas irgendwer in Fabrik oder Büro seine Stelle räume. So wird der Mensch heutzutage selbständig. Und die primitivste Form dieser Selbständigkeit ist der Handel mit Schmuckbändern.

Das ist nicht Unternehmertum, das ist notgedrungenen Unternehmungszwang. Ihr Gewerbe geht diesen zum Handeln gezwungenen gewöhnlich strikt gegen die Natur. Nicht wegen der winzigen Dimensionen ihres Umsatzes, nein, auch prinzipiell: Es wäre ihnen lieber, jeden Morgen, eingesperrt ins Geschäft, auf die gewohnte Arbeitsstelle zu gehen und die Verantwortung für den guten Gang des Betriebes bei dem Herrn zu wissen.

Die Straße verändert ihr Gesicht. Den festen Laden ist die Konkurrenz der Straßenhändler entstanden. Frühmorgens kommen sie angefahren. Wenn es regnet, stellen sie sich in einen Hauseingang. Im übrigen halten sie den Kragen hochgeschlagen und die Hände in den Taschen, abgesehen von den erhebenden Sekunden, wenn man an ihrem beweglichen Laden stehenbleibt. (Erfahrene Händler wissen, daß Stehenbleiben noch nicht kaufen bedeutet.) Einige handeln ohne Erlaubnis der Polizei. Der Sipo kommt, fragt nach dem Ausweis, schiebt sie ab; sie warten, bis der Uchako außer Sicht ist, dann fangen sie wieder an. Abends, wenn der Polizeistrafen den Ladenschluß kontrolliert, warten sie mit unerhörtem Gleichmut, bis er in der allergeringsten Nähe ist. Dann ergreifen sie den Bogen an der Deichsel und türmen.

### 1. Der Mann im Kiosk.

Daß er heute in seinem gutgehenden Kiosk sitzt, verdankt er seinem Nachahmungsvermögen. Als er einmal solch ein kleines, hübsches, braungefärbtes Häuschen sah — aus dem Schwarzeinschneide wühlte im winterlichen Wind eine niedliche blaue Rauchfahne und die Bände waren lustig mit Zeitungen und Zeitschriften behängt —, da sagte er zu sich selbst: „Wat der kann, kannste ooch!“ Das war keine Selbstüberhöhung. Eines Morgens kam er mit einem Brett unter dem Arm, er legte es aufs Visafier und stellte ein paar Zigarettenpackchen darauf. Als das Geschäft im Straßen begriffen war — einige Tage später —, bediente er sich anstatt des Brettes einer Kiste. Auf die Kiste legte er einige Zeitungen, das heißt, von derselben Zeitung mehrere Exemplare. Auch der Zeitungshändler schlug großartig ein. Darum dehnte er diesen Verkaufsort bis zu den extremsten Pflügen aus. Aber die Kiste reichte nicht mehr für den gewaltigen Handel, der sich nun entwickelte. Er machte eine bedeutsame Anschaffung — einen Tisch. Kurz darauf bekam der Tisch ein Dach über dem Kopf. Wieder einige Tage später erhielt das Dach die dazu gehörigen Bände.

Der Kiosk war fertig.

Sechs Kioske folgten auf einem Fiedel! Der erste der Kioskbesitzer rühmt sich: er hat den guten Einfall gehabt; auf seine fünf Nachahmer schimpft er, ohne ihnen böse zu sein. Der Zweite hingegen ist stolz, daß er die Konkurrenz mit dem Ersten gewagt und daß die Schar der Nachahmer ihn noch immer nicht umgebracht hat.

So hat jeder sein bestimmtes Verhältnis zu den anderen. Vielleicht sind bald aus Sechsen Zwölfe geworden.

### 2. Der Karrenhändler.

Genau so ist es mit den Karrenhändlern gegangen. Ich erinnere mich noch, wie die Straße — in einem sogenannten vornehmen Stadtteil —, nur von ihren Bäumen und Gärten verziert, nicht im Traum an eine Karre dachte. Das ist noch nicht zwei Jahre her. Heute ist die Straße, gegen damals gesehen, italienisch bunt. Die Entwicklung war einfach genug. Es war einmal ein Mann, der hatte ein Kind, das Kind hatte einen Wokwagen und der Mann verlor seine Arbeit. Weil nun das Kind sowieso nicht am Vormittag im Wokwagen spielte, so tat der Vater ein Dutzend Zitronen hinein, jog durch die Straßen und rief: „Zitronen!“ Da niemand kaufte, ärgerte er sich und fing an zu singen:

„Keinst du das Land, wo die Zitronen blühn . . .“

Da kamen die Frauen an die Fenster, hörten zu, freuten sich, lachten und kauften ihm das Duzend Zitronen ab. Als er das nächste Mal wieder loszog, hatte er auch ein paar Äpfel in den Wokwagen getan. Später kamen drei Kohlköpfe dazu. Es gab schon einige Frauen, die auf ihn warteten. Sie fragten ihn, weshalb er keine Kartoffeln führte? Da merkte der Mann, daß die Menschen bereits etwas von ihm erwarteten und daß er eine lebensnotwendige Einrichtung geworden war. Am nächsten Tage brachte er auch Kartoffeln mit. Und um sich selber und den Käufern das Leben zu erleichtern, wählte er sich einen festen Platz, an dem er vom Morgen bis zum Abend zu finden war.

Jetzt stehen im Abstand von zwei oder drei Häusern Kollegen von ihm. Die ehemals vornehme Straße ist lebendig geworden, es macht sich sehr hübsch. Und alle verdienen. Komisch, wie sie noch nicht da waren, hat niemand sie entbehrt. Und nun, da sie emporgeschossen sind, wie Hafenstädte an einer Meeresküste, scheinen sie unentbehrlich geworden.

### 3. Menschen an der Tür.

Einige Hausbewohner haben vor diesen schüchtern fragenden Augen mehr Angst als vor'm Gerichtsvollzieher. Es soll aber auch vorkommen, daß den Fragern die Tür geradezu an die Nase geschnitten wird. Es gibt eben liebenswürdige Menschen unter den Hausbewohnern und es gibt lebenswürdige unter denen, die selber kein Zimmer, geschweige ein Haus bewohnen. Man muß nicht per se alle gemein sein wollen. Überall findet sich Bildung und Unbildung, gute und schlechte Erziehung, Schmerz und Unglück und Lust am Unglück. Seelische Qualitäten haben nichts mit der gesellschaftlichen Stellung zu tun.

Ein Bekannter von mir, den es gar nicht einmal so gut geht, führte mich kürzlich in eine besondere Kammer: „Wenn Sie einmal einen Laden eröffnen wollen?“ Stiefelbänder, Seifenstücke, Briefpapier in tiefen Woffen aufgestapelt. All das im Laufe einiger Monate an der Wohnungstür gekauft. Ich wunderte mich, daß kein Staubhauger dabei war. „Wenn die Damen und Herren, die kommen, doch wenigstens etwas mehr Vantasse hätten“, senzte mein Bekannter; „weshalb denn immer nur Briefpapier, Zinten,

Postkarten und Seife! Ich sehe mich selber schon mit diesen Bändern durch die Häuser ziehen!“

Wie überall ist auch beim Offertenwesen an den Türen — an dem nicht der Mensch, sondern die Zeit schuldig ist — eine gewisse Eignung Vorbedingung. In den wenigen Augenblicken, in den wenigen Worten, mit welchen er sein Anliegen vorbringt, will der Mensch an der Tür seine ganze unglückliche Lage umreißen. Das ist keine kleine Aufgabe. Es ist eine auf jedem Treppenschritt zwei- bis dreimal wiederholte Anspannung. Selbst in einigen Fällen bewirkt die Unsicherheit, geläufig von der vorzweifelten Lage zu sprechen, mehr, als der berechnete Appell an die Menschlichkeit.

Und andererseits mittert der misstrauische Mensch der Großstadt in der Verschönerung seiner Wohnung nicht selten Geschäftstüchtigkeit und Methode, wenn ihn ein Auge unglücklich ansetzt. Einmal enttäuscht, glaubt er überhaupt nicht mehr an Unsicherheit und an echte Not. So etwa, wenn er nach notgedrungen abschlägiger Antwort einen drohenden Blick zur Kenntnis nimmt, dazu einen

### Erna Büsing:

# 4 1/2 Millionen Schmetterlinge

In einem weiten Saal des Berliner Museums für Naturkunde werden in schier endlos dünkenden Reihen von Schränken mit tiefen, sorgfältig nummerierten Schubfächern in Masken 4 1/2 Millionen Schmetterlinge aufgehoben. Unter ihnen gibt es manche Kostbarkeit und manche Kuriosität. Sind doch im Berliner Museum Schmetterlinge vorhanden, die nicht einmal London hat, das bekanntlich mit der größten Schmetterlingsammlung der Welt prunzt kann. Die Stücke der wissenschaftlichen Sammlung sind sehr oft nicht so schön und unerföhrt wie die für die Schausammlung bestimmten. Erblickt man doch beispielsweise in den Kästen der wissenschaftlichen Sammlung von Bögeln angepöckelte Schmetterlinge, mit Schrot geschossene Schmetterlinge (weil man die Tiere, die über den höchsten Gipfeln der Urmaldbäume schwebten, sonst nicht erreichen konnte) und solche ohne Flügel, also tatsächlich nur die Körper. Die Preise für Schmetterlinge werden von der Insektenbörse reguliert. Paradies, ein sehr schöner Schmetterling, kostete z. B. zu Anfang des Jahrhunderts 1000 Mark das Paar, jetzt nur noch 25 Mark. Dieser Preissturz ist aber nicht auf die Lässigkeit des Sportkommissars zurückzuführen, sondern auf die eines Züchters, der in Neu-Guinea die Raupe des Schmetterlings sammelte und hernach die Schmetterlinge in Massen in den Handel brachte. Jeder, der ein neues Tier entdeckt, darf ihm einen Namen geben. Auf Grund dieses Rechts wurde ausgerechnet ein spanischer Schmetterling Antijesuita genannt. Was dringt schon die Politik in die Welt der Falter ein.

Aus dem Kistenbestande der wissenschaftlichen Sammlung hat Dr. Hering im Rahmen der wechselnden Ausstellungen eine Sonderchau veranstaltet. Ihr sind die lichtärmsten Monate, nämlich Dezember und Januar, reserviert. Trotzdem mußte die Wahl der Ausstellungsobjekte sehr vorsichtig getroffen werden; denn Schmetterlinge sind außerordentlich lichtempfindlich. Ihre Pigmentfärbung ist schnell zerstört.

In der Ausstellung sieht man Morphiden, diese Prachtfalter, die nur in den tropischen Urmaldern Amerikas leben. Sie sind Tagfalter und als solche sehr gute Augeniere, so daß man einen Morpho fangen kann, wenn man ein blaues Stück Papier hin und her bewegt. Das hält er dann für einen schönen blauen, in der Sonne blühenden Gegner, und er kommt schleunigst herbei, um seinen Rivalen zu vertreiben. Für gewöhnlich aber fängt man die Tiere durch ausgelegte Köder. Die Männchen sind von wunderbarem Blau, viele der unheimlichen Weibchen hingegen bekleiden ein allertümliches Aussehen. Sie sind gelblich-braun und tragen noch boshafte Kleid, das die Schmetterlingsfrauen der Morphiden zu Anfang des Tertiärs trugen. Doch nehmen auch die Weibchen die Farben der Männchen an, und wenn zwei Rassen sich vermischen, gibt es sonderbare Farbänderungen und sogar völlig einmischte Frauen. Einer der Prachtfalter von auffälliger Schönheit bekam den Namen Helena. Es sind bloß vier gut präparierte Helenas vorhanden, und die besitzt Berlin. Wunder schön ist auch der Cerus. In all seinem blühenden, die Sinne verwirrenden Blau bemerkt man auf einmal einen schwarzen Fleck an beiden Flügeln. Der fällt auf, und gerade darum hat ihn der Schmetterling. Sein Dasein steht unter der Furcht vor dem Gefressenen. Die Natur jedoch schützt ihre Geschöpfe. Der schwarze Fleck löst dem rüberstreichenden Vogel auf, er pickt nach ihm, er reißt dem Schmetterling ein Stück von seinem Flügel weg, hindert ihn jedoch nicht im Fliegen können. Der Fleck ist im Bogelschnabel, das Prachtkleid ist zerstört, aber der Falter hat noch einmal sein Leben gerettet. Der Morpho wird vielfach von der Schmutzindustrie verarbeitet. Seine Farben sind herrlich leuchtend und bleiben nicht aus. Ein einziger Sammler hat einmal der Industrie 6000 Exemplare geliefert. Hunderttausende werden am selben Ort dann nach von Bögeln gefressen, und dennoch nimmt der Morpho bei der Riesenernte, die Insekten eigen ist, nicht ab, solange er seine natürlichen Lebensbedingungen behält. In einigen Gegenden Kolumbiens lebt die ganze Bevölkerung vom Schmetterlingsfang. Es gibt 5 Pfennig das Stück für den Morpho. Und es ist sonderbar, dieses Numel der Wäste findet man an denselben Orten, wo man in den Edelsteinminen die schönsten Smaragden findet. Alle Morphiden haben auf der Unterseite eine Augenzeichnung. Das ist so eine Art Strohbrief; denn nach Stellung und Anzahl der Augen können die Wissenschaftler auf die Verwandtschaft des einzelnen Tieres schließen.

Ferner sind Danaiden in großer Anzahl in die Ausstellung gemindert. Sie sind bräunlich und schwarz und weiß gefärbt, und unter ihnen gibt es ganz glatte, die in den dunklen Stellen des Urmaldes leben. Diese Schmetterlinge sind durchweg giftig, und haben Bögeln und Eidechsen sie erhascht, dann spucken sie ihre Beute noch Möglicht schnell aus. Die Räuber merken sich ihren Reizfall, und die Natur geht in ihrem Schutz so weit, daß nicht giftige Schmetterlinge die giftigen Danaiden nachahmen können. Auf einen solchen Vorgang wird heute das Wort Mimikry angewandt, das man früher auch für die Schuppierung benutzte. Das Männchen der Danaiden hat einen Duftapparat, der auf

zwei scharfen Blick auf das Türschloß, das seinen Namen trägt. Was alles in allem besagen will: Du gibst mir nicht? Ich werde mir holen. . . .

Das gleiche Lebensrecht für alle ist längst noch nicht zu einem so selbstverständlichen Imperativ für alle geworden, als daß nicht ein dankbares Gesicht als Dultung für jede Gabe und ein höfliches selbst bei der Abweisung erwartet würde. Andererseits verleiht Nichtshaben zu einem Stolz auf das Nichts — aber auch das ist ein Stolz und ein Hochmut — und zu einem angemessenen Recht des Hoffes auf jene, von denen man in Wirklichkeit überhaupt nicht weiß, ob sie zum Geben fähig sind oder nicht.

Gleichheit — das manchmal unwissenschaftlich, oft aber wissenschaftlich falsch gebrauchte Wort — will nicht heißen, daß alle gleich, sondern daß alle gleich glücklich sein sollen.

Das gleiche Glück für alle wäre allen eben nicht angenehm.

Inzwischen hat sich gegenüber im zweiten Stockwerk ein Fischladen ausgetan. Eine Fahne hängt heraus: „Fische! Prima! Serringe! Geräucherter! Kase!“ In der nächsten Strohkreuzung steht ein Kiosk mit Seifen und Hausfondartikeln.

Ein Krebsverkäufer steht neben seinen beiden Körben voll wimmelnden Lebens.

Die Kartoffelverkäufer singen — Tenor, Bariton, Mezzosopran. Zwei Milchwagen, konkurrenzweidlich immer lauter lautend, suchen einander aus dem Felde zu schlagen.

Die Straße ist voll Leben, Kampf, Ringen ums Dasein. Unverhofft zeigt hier die Gegenwart ihr erbarmungsloses Gesicht.

seinem Gewande durch einen weißen oder schwarzen Fleck angedeutet ist. Untersucht man ihn genau, entdeckt man eine kleine Tasche. Der Duftstoff ist für die Schmetterlingsliebe nötig, er regt das Männchen auf und regt das Weibchen an.

Die dritte Vorkonvention wird mit den Widderchen oder Blutsatropien vorgenommen. Sie sind derart widerstandsfähig, daß der Mensch sie mit seinen Fingern kaum todzücken kann. Der Schnabel eines Vogels ist ihnen auch nicht allzu gefährlich, und lebt man sie der Einatmung von Blausäure aus, leben sie noch nach drei Stunden. Darum wird von Wissenschaftlern zu einer solchen Lösung noch Rauch hinzugegeben, was dann ein Gift ergibt, dem die Tiere sofort erliegen. Die deutschen Arten sind blau und rot, doch haben die Widderchen unendlich viele Verwandte, die Roten ohne weiteres nicht als solche erkennen. In Afrika leben die Blutsatropien gerne in Termitenhügeln. In ihnen wird die Raupe wohl irgendwie geschützt sein, der Schmetterling hingegen nicht. Darum arbeitete die Natur einen Schutz heraus und verminderte die Hinterflügel so, daß sie fäden gleichen. Nun kann die Termit ruhig zugreifen, ihr Greifwerkzeug ist viel zu groß, um den Schmetterling packen zu können.

## Urahnen der Säugeltiere

Der Ursprung der Säugeltiere ist bis in die Kreide- und Jurazeit hinein zu verfolgen. Ihre Vorfahren, die damals gelebt haben, sind kleine Geschöpfe gewesen, die auf Bäumen kauften und einen sonderbar gleichförmig entwickelten Knochenbau besaßen. Sie nährten sich von Obst, Samenfrüchten, Rüssen oder Insekten, und je nach der Beschmaekrichtung war auch die Ausbildung ihres Gebisses verschieden, monoch sie am ehesten in den bis heute erhalten gebliebenen Reiten unterschieden werden können. In jenen fernen Zeiten der Erdgeschichte, die immerhin nur deren Mittelalter bedeuten, gab es für die Landwirbeltiere im wesentlichen nur drei Lebensarten, nämlich entweder amphibische, die mit dem Aufenthalt im Wasser und auf festem Boden abwechseln, dann die auf Bäumen und die in der Luft.

Erst in der späteren Kreidezeit nahm, wie uns die geologischen Forscher lehren, die Ausbreitung einer großen und mannigfaltigen Flora auf dem Festlande zu und eröffnete so für die Ausbreitung der Säugeltiere ein ganz neues Feld, das sich noch beständig erweiterte. Dieser Zusammenhang zwischen dem Aufschwung der Säugeltiere und der Entwicklung eigentlicher Wälder ist bisher von wissenschaftlicher Seite kaum berücksichtigt worden. Immerhin werden die Säugeltiere zunächst ihre Gewohnheit, auf Bäumen zu leben, noch nicht aufgegeben haben, aber sie nahmen sicher an Zahl und Vielgestaltigkeit der Formen außerordentlich stark zu. Eine Folge der dadurch eintretenden Uebersättigung wird dann weiter dazu geführt haben, daß die Tiere ihre Lebensweise auch anderen Bedingungen anpaßten, indem sie ihre alten Plätze auf den Bäumen mehr und mehr aufgaben. Auf die Kreidezeit folgte dann die sogenannte Tertiärperiode, mit der die Neuzeit der Erdgeschichte beginnt. Damals gewannen die Festländer im Vergleich zum Meer einen immer größeren Raum.

Auch den Bögeln kam diese Wandlung zugute, aber sie hatten es weniger nötig als die Säugeltiere, sich in ihrem Körperbau zu verändern, weil sie in der Hauptfache Bewohner der Luft blieben. Aus diesem Grunde herrschen noch heute unter der Vogelwelt weit geringere Verschiedenheiten als in der Klasse der Säugeltiere. Im Beginn der Tertiärzeit hatten auch die Säugeltiere die Gleichförmigkeit ihres Körperbaues noch ziemlich bewahrt. Als nun aber die Festländer immer mehr wuchsen, erfuhr zunächst die amphibische Lebensweise eine starke Einschränkung, die weiten Sümpfe und Binnenseen der Kreidezeit schrumpften immer mehr zusammen und gleichzeitig damit nahm auch die Zahl der Reptilien, die mit ihren Schilfhofauren, Pleiosauren usw. eine so ungeheure Verbreitung gehabt hatten, immer mehr ab.

Kein Vorgang in der belebten Natur aber war an Bedeutung zu vergleichen mit der ertümlichen Entwicklung, die nunmehr über die bisher nur in kümmerlichen Anlagen vorhandenen gewässerten Säugeltiere kam. Raum und wo das erste Säugeltier entstanden und wie es ausgesehen hat, darüber ist nichts Sicheres bekannt. Man weiß nur, daß die Urahnen der heute wichtigsten Tierklassen von sehr geringer Größe gewesen sind und daß sie nur Körner und Insekten gefressen haben. Wahrscheinlich lebten sie in dichten Wäldern, in dem Delta großer Flüsse oder in Sümpfen an der Küste und kauften dort auf den Bäumen. Diese Annahme wird dadurch gerechtfertigt, daß ihre Reste zusammen mit denen von amphibischen oder ausschließlich im Wasser lebenden Reptilien und mit großen Mengen von fossilen Holz gefunden wurden. Da sie einen auch nur vorübergehenden Aufenthalt im Wasser scheinbar nicht angepaßt gewesen sind, so müssen sie wohl auf den Bäumen gewohnt haben, die selbst mitten in dem sumpfigen Boden standen.





Deutschland blieb am Donnerstag im Bereich der nördlichen Hochdruckmassen. Der Gefrierpunkt wurde nur in der westlichen Reichshälfte überschritten.

Wetterausichten für Berlin. Ziemlich heiter und vormittags trocken, Temperaturen auch mittags meist unter Null.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Zum Notopfer für die Entwurfslosen wurden der 27. Abteilung durch den Direktor der Radiozentrale, Kleinstr. 20, Herrn M. von Prohaska, 100 M. überwiesen, wofür hierdurch mit bestem Dank quittiert wird.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

Heute, Freitag, 18. Dezember.

- 1. Kreis. Die Kassenbesetzung der Kinderfreunde Friedrichshagen, die heute in der Kassenk. 78, stattfinden sollte, fällt aus.

- 1. Kreis. Weihnachtsfeierausführung mit Stationsbesetzung für die Berliner Sonnabend von 18-21 Uhr, Sonntag von 14-20 Uhr im Sagerhofen D. 34, Hiltner Str. 18.

Sonntag, 20. Dezember.

- 14. Kreis. Die an der Flughafenbesetzung (Sturmogel-Palle) interessierten Genossinnen und Genossen treffen sich um 10 1/2 Uhr an der Fernsprechanlage Herfurthplatz.

Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt.

- 7. Kreis. Freitag, 18. Dezember, 20 Uhr, Jugendheim Rosenstraße, Befreiung der Arbeiterwohlfahrt.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Die Hiltnersteiner sind da. Friedrichshagen: Der für heute angesetzte Kreis-Rot-Fallen-Abend fällt aus. Treffpunkt für Sonntag als Sänger 18 Uhr Landsberger Platz.

Arbeiterbildungsschule.

- Der Kursus Russisch nimmt am Freitag, 18. Dezember, 19 1/2 Uhr, Lindenstraße 8, seinen Fortgang.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 33. Wkt. Genosse Fritz Ditzel ist nach langer schwerer Krankheit verstorben. Genosse Ditzel war mehrere Jahrzehnte in der Partei und in der Gewerkschaft als Funktionär tätig.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Eberhardstr. 17-18, Hof 2, 2. Etz. Sonnabend, 19. Dezember, 1. Kamerabühnen 19 1/2 Uhr Weihnachtsfeier der Kameraden und deren Kinder im Hofen-Lenz, Eintritt 50 Pf.

Typographisches Orchester. Dirigent Erich Gutzwill. Übungsstunden jeden Freitag 20 1/2-22 1/2 Uhr im Idealhaus, Kaufhaus, Reichstr. 2, Keller und Streifenwerkstätten.

Weltere-Reisenplaciersabend, a. V. Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Sonnabend, 19. Dezember, 19 1/2 Uhr, bei Lola, Breite Str. 16-18, Weihnachtsabend nach dem gemütlichen Placiersabend. Gutes Essen durch Mitglieder eingeführt werden.

Freie Arbeiter-Szenographen-Vereinigung Groß-Berlin. Anfängerkurse in Zeichnungsschrift (Einheitskurs) beginnen wieder in der Woche vom 11. bis 16. Januar.

„Jean Hölle“ und „Der verzauberte Feins“, diese beiden Märchenfilme werden jetzt Mittwochs, Sonnabends und Sonntags nachmittags um 3 Uhr im Planetarium gezeigt.

Die Dezember-Szenenreihe bringt in der kommenden Woche folgende Darstellungen: Sonnabend, 19. Dezember, 8 Uhr, Sonntag, 20. Dezember, 4, 6 und 8 Uhr, und Dienstag, 22. Dezember, 8 Uhr: „Die weiße Hölle vom Elch-Bell“ (Alim), Mittwoch, 23. Dezember, 8 Uhr, 1. Freitag, 25. Dezember, 4, 6, 8 Uhr, 2. Freitag, 26. Dezember, 4, 6, 8 Uhr: „Rango“, ein Tier-Spot aus Sumatra (Alim).

Die Verlosung auf der Lindcar-Ausstellung

- am 13. Dezember d. J. hatte folgendes Ergebnis: 1. Preis: 1 Lindcar-Herrenfahrrad ..... 296

Die Gewinne stehen bis 31. Dezember 1931 den Gewinnern in unserer Nähmaschinen-Niederlage, Berlin, Engelauer 31, zur Verfügung.

Lindcar-Fahrräder ab RM 85 Lindcar-Nähmaschinen ab RM 141.30

Original Ultraphon-Koffer-Apparate einschl. 6 Original Ultraphon-Platten im Werte von 4 RM 3-..... nur RM 48

Lindcar-Fahrradwerk AG., Berlin-Lichtenrade

Unternehmen der freien Gewerkschaften Verkauf gegen kleinste Raten!

Beglaubigte Abschrift! (46) H. S. 3. 188. 50 (71 G. 20) Straßburg gegen den Stadtverordneten Stabizenz Dr. Martin Saasmann in Berlin-Friedenau, Bezirk 3, geboren am 6. April 1881 zu Berlin, wegen Beleidigung.

Das zweite Zivilsenatgericht Berlin-Schöneberg, Abteilung 46, in Berlin N. 20 hat in der Sitzung vom 23. April 1931, an der teilgenommen haben: Vorsitzender und Amtsgerichtsrat Schenk als Vorsitzender, Gerichtsrat Dr. H. K. W. als zweiter Richter, Richter Richter Dr. H. K. W. als Richter, Richter Richter Dr. H. K. W. als Richter, Richter Richter Dr. H. K. W. als Richter.

Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft und des Angeklagten gegen das Urteil des ersten Zivilsenats Berlin-Schöneberg vom 23. April 1931 hat die I. Große Strafkammer des Landgerichts II in Berlin in der Sitzung vom 1. Mai 1931, an der teilgenommen haben: Vorsitzender Dr. H. K. W. als Vorsitzender, Richter Richter Dr. H. K. W. als Richter, Richter Richter Dr. H. K. W. als Richter, Richter Richter Dr. H. K. W. als Richter.

Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft wird das angefochtene Urteil dahin abgeändert, daß die Strafe auf 600 (sechshundert) Reichsmark für Einheitsverbrechen auf 60 (sechzig) Tage Gefängnis erhöht wird und die Befugnis zur Veröffentlichung auf sechs Wochen nach Mitteilung von der Rechtskraft des Urteils aufgehoben wird.

Die Wichtigkeit der Abschrift nachstehender Urteilsformeln wird beglaubigt. Das Urteil der I. Instanz ist in Verbindung mit dem Urteil II. Instanz vollstreckbar.

Berlin N. 20, Turmstr. 31, den 25. November 1931. Richter Richter Dr. H. K. W. als Richter, Richter Richter Dr. H. K. W. als Richter, Richter Richter Dr. H. K. W. als Richter.

Preisabbau... schon jetzt... also noch 10% billiger. Schallplatten und Sprechapparate der Qualitätsmarken: Brunswick-Columbia-Grammophon, Die Stimme seines Herrn, Gloria-Homocord-Odeon-Parlophon-Derby.

Letzte Zeichnungsfrist für die Reichsbahnanleihe noch bis zum 31. Dezember 1931. Steuerfreie Reichsbahnanleihe 1931. Mündelsichere Anlage. Sie hat eine Nominalverzinsung von 4 1/2 Prozent und ist von Steuern befreit.







